

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Befellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
(1/2 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnißmäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 28. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
rath: Dem Ober-Hofmeister Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin von
Sachsen, Baron von Beaulieu, de Connoy, den Stern zum Rothen
Adler-Orden zweiter Klasse; dem Großherzoglich mecklenburg-schwerinschen
Ober-Hofmeister, General-Major Freiherrn von Sell, den Rothen Adler-
Orden zweiter Klasse mit dem Stern in Brillanten; dem Königlich spanischen
Unter-Staats-Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten,
Juan Thomas Comyn, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem
Stern; desgleichen den nachbenannten Offizieren des Kaiserlich österreichischen 10.
Jäger-Regiments (König Friedrich Wilhelm III. von Preußen), als: dem
Obersten und Regiments-Kommandanten Grafen Hunyady de Kethely den
Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern am Ringe, dem Major
von Pongrácz und dem Rittmeister Freiherrn von Lederer den Rothen
Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Ober-Lieutenant Grafen Palffy und
dem Unter-Lieutenant Hübner den Rothen Adler-Orden vierter Klasse
zu verleihen; ferner dem Kammerherrn, Geheimen Regierungsrath Freiherrn
von Kerckerück-Borg zu Koblenz die Erlaubnis zur Anlegung des ihm ver-
erbten Johanniter-Maltezer-Ordens und dem Lieutenant a. D. und Rittguts-
besitzer Grafen von Kwiecki zu Ober-Jedlitz bei Frankfurt zur Anlegung des
von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen St. Georgs-Ordens zu
ertheilen.

Am Gymnasium zu Elberfeld ist die Anstellung des Schulanfänger-Kandida-
ten G. Sch. als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.
Der an das Stadt- und Kreisgericht in Magdeburg versetzte Rechtsanwalt
und Notar Gierke aus Münster ist in gleicher Eigenschaft an das Appellations-
gericht in Münster zurückversetzt und der Rechtsanwalt und Notar Frize in
Elberfeld, unter Verleihung des Notariats im Departement des Appellations-
gerichts zu Magdeburg, als Rechtsanwalt an das Stadt- und Kreisgericht in
Magdeburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden. Der
Rechtsanwalt und Notar Puttmann zu Sonnenburg ist in gleicher Eigen-
schaft an das Kreisgericht in Küstrin, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst,
versetzt worden.

Nr. 103 des St. Anz. enthält Seitens des I. Ministeriums für die land-
wirthschaftlichen Angelegenheiten einen Bescheid vom 30. März 1861, die Zu-
lässigkeit des Rechtsweges bei privatrechtlichen Streitigkeiten über die Ableitung
von Mehlwasser über ein Grundstück betreffend; ferner Seitens des I. Kriegs-
ministeriums eine Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 11. April 1861, betreffend
die Gewährung für die aus der Garnison beurlaubten Mannschaften;
so wie Seitens desselben Ministeriums einen Erlass vom 18. April 1861, betr.
Nachrichten für diejenigen Freiwilligen, welche in die Unteroffizier-Schulen zu
Potsdam und Jülich eingestellt zu werden wünschen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 123. Königl. Klassen-
Loterie fielen 2 Gewinne zu 5000 Thlr. auf Nr. 37,436 und 57,869. 7 Ge-
winne zu 2000 Thlr. auf Nr. 5569, 21,474, 25,496, 33,379, 66,839, 81,239
und 85,451.

41 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 1771, 2311, 3448, 14,463, 16,144, 17,448, 18,048, 19,496, 20,175, 23,013, 24,382, 30,114, 30,289, 31,522, 32,188, 35,114, 41,409, 44,555, 47,176, 50,328, 50,448, 51,312, 56,440, 57,225, 62,403, 62,750, 70,338, 71,423, 72,068, 74,651, 76,353, 83,537, 84,647, 85,911, 87,953, 88,759, 90,588, 91,049, 91,365, 91,510 und 94,353.
55 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 725, 2403, 3412, 4010, 9969, 10,876, 11,934, 12,668, 12,738, 13,207, 13,507, 18,439, 19,131, 22,053, 22,551, 23,146, 27,921, 28,119, 31,480, 31,483, 31,670, 31,689, 33,709, 36,038, 38,221, 40,861, 41,112, 41,420, 42,435, 45,187, 45,458, 46,142, 54,251, 54,703, 54,981, 56,322, 56,329, 56,965, 59,597, 61,922, 62,388, 63,566, 66,238, 68,649, 71,295, 78,541, 79,216, 79,957, 80,147, 86,459, 88,238, 90,910, 90,942, 93,726 und 94,973.
75 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 4015, 4384, 4515, 4967, 6411, 7357, 7986, 9450, 10,034, 12,468, 13,245, 13,473, 14,860, 15,184, 15,228, 17,699, 22,977, 24,034, 25,777, 26,389, 26,550, 29,811, 32,150, 36,665, 40,482, 42,021, 43,725, 44,239, 45,249, 46,011, 46,874, 47,074, 47,151, 47,356, 48,438, 48,490, 48,564, 49,614, 50,885, 51,923, 52,298, 52,381, 53,152, 53,871, 54,417, 56,116, 56,350, 61,546, 61,602, 62,423, 62,555, 63,217, 63,655, 64,418, 64,511, 64,640, 64,864, 66,998, 69,437, 71,566, 71,683, 72,964, 73,724, 78,320, 78,773, 81,134, 82,031, 83,960, 83,997, 84,078, 86,165, 87,628, 91,438 und 93,368.

Berlin, den 27. April 1861.
Königliche General-Loterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Sonntag 28. April, Morgens. Nach hier
eingetroffenen Nachrichten aus Serajevo vom gestrigen
Tage haben 80 Pferde, und Lebensmittel in Niksic Eingang
gefunden. Der Fürst von Montenegro hatte den Durchzug
der Konvois durch Montenegro gestattet.

Lurin, Sonntag 28. April. Nach hier eingegan-
genen Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage war da-
selbst Tags zuvor eine Bewegung ausgebrochen, aber unter-
drückt worden und hatten viele Verhaftungen stattgefunden.
Berichte aus den Provinzen melden, daß Insurgentenschaaren,
in der Meinung, die Verschwörung sei geglückt, auf Neapel
marschiren. 500 Insurgenten sind aus dem Königsmarsch in
die Provinz Aquila eingerückt und 4 Schiffe mit bourboni-
schen Soldaten sind am 25. von Civitavecchia nach Neapel
abgegangen. Neapel ist jetzt ruhig.
(Eingeg. 29. April 8 Uhr Vormittags.)

London, Montag, 29. April. So eben hier aus Washing-
ton vom 15. d. eingetroffene Nachrichten melden: Eine Proklama-
tion des Präsidenten Lincoln beruft die Miliz in einer Stärke von
75,000 Mann ein, um Fort Sumter wieder zu erobern, da das-
selbe Bundesbesitzthum ist. — Der Kongress wurde einberufen.
(Eingeg. 29. April 9 Uhr 15 Min. Vormittags.)

Wien, Montag 29. April. Der Kaiser hat zum Präsidenten
des Herrenhauses den Fürsten Karl Wilhelm v. Auersperg, zum
Vizepräsidenten desselben den Freiherrn Philipp v. Frank; zum
Präsidenten des Abgeordnetenhauses den Dr. Hein, und zu Vize-
präsidenten desselben den Professor Hasner und den Grafen Mazzu-
celli ernannt.
(Eingeg. 29. April 9 Uhr 50 Minuten Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 28. April. [Vom Hofe; Ta-
gesnachrichten.] Der König arbeitete gestern längere Zeit mit
den Ministern v. Auerswald, v. Bernuth, Graf v. Schwerin u. und
ließ sich auch von den Geheimrathen Maire und Costenoble Vor-
träge halten. Nachmittags waren der König und die Königin etwa
eine Stunde im kronprinzlichen Palais, wo bekanntlich Franz Win-
terhalter die Allerhöchsten Herrschaften malt. Heute Vormittags
9 Uhr fuhr der König, die Königin, der Kronprinz und die Kron-
prinzessin und die übrigen Prinzen und Prinzessinnen, der Fürst
von Hohenzollern, Prinz August von Württemberg, Generalfeld-
marschall v. Brangel, die Generale v. Bonin, Schlemmüller, v. Al-
tenleben, v. Manteuffel u. nach Potsdam und wohnten daselbst
theils in der Friedenskirche, theils in der Hof- und Garnisonkirche
dem Gottesdienste bei. Mittags fand im Lustgarten die Kirchen-
parade statt, zu welcher die Kavallerieregimenter kommandirt wor-
den waren. Der König erschien dabei umgeben von den königlichen
Prinzen und der Generalität, die Königin und die übrigen Prin-
zessinnen schauten dem militärischen Schauspiel von den Fenstern
des Stadtschlosses aus zu, wo auch darauf das Dejeuner dinatoire
eingekommen wurde, zu welchem die Generalität, die Stabsoffi-
ziere u. Einladungen erhalten hatten. Das Wetter war der Kir-
chenparade nicht günstig; es regnete, hagelte und schneite den gan-
zen Tag. Nachdem die hohen Herrschaften noch zuvor der Königin-
Wittve im Schlosse Sanssouci einen Besuch abgestattet hatten,
kehrten sie Nachmittags 3 Uhr hierher zurück. Der König hatte
bald nach seiner Ankunft eine Konferenz mit den Ministern v. Auers-
wald und Graf v. Schwerin und darauf hielt auch der Minister
v. Schleinitz dem Könige Vortrag. Man hat allen Grund anzu-
nehmen, daß sich die Regierung jetzt vorzugsweise mit der Tages-
frage Zedlig-Pagle beschäftigt, wenigstens höre ich, daß darüber im
Ministerium des Innern, wo allerdings ihr eigentliches Forum ist,
lebhafte Verhandlung wird. Die „Nationalzeitung“ und die Mon-
tagszeitung „Berlin“, welche in ihrer heutigen Nummer diese Ta-
gesfrage besprochen haben, sind mit Beschlagnahme belegt worden. Von
der Montagszeitung haben indeß doch viele Exemplare den Weg
ins Publikum gefunden, da viele Personen in der Druckerei heute
das Erscheinen des Blattes erwarteten. Der ganze Inhalt ist dazu
angefallen, daß die Beschlagnahme erfolgen mußte.

Gestern war in der Stadt vielfach das Gerücht verbreitet, daß
der Polizeipräsident v. Zedlig und der Polizeioberst Pagle zur Dis-
position gestellt seien; diese Nachricht hat sich jedoch zur Stunde
noch nicht bestätigt. Ebenso wenig ist es wahr, daß der Minister
des Innern es müde sei, noch länger im Amte zu bleiben. — Ueber
die Krönungskreise unserer Majestäten höre ich, daß dieselbe Ende
Mai angetreten werden soll. Zunächst gehen die Allerhöchsten Herr-
schaften, wie schon gemeldet, nach Königsberg, hierauf nach Posen,
Breslau und endlich nach Koblenz. Von hier aus beabsichtigt die
Königin mit den badischen Herrschaften, die in Koblenz der Huld-
igungsfeier beizuwohnen wollen, auf einige Wochen zur Kur nach
Baden-Baden zu gehen. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin
gedenken im Laufe des Sommers einige Zeit auf ihrer Besitzung
Buschvorwerk in Schlesien ihren Aufenthalt zu nehmen. — Der
Minister v. Schleinitz empfing heute die Gesandten Englands, Des-
reixs, Russlands und Brasiliens. Der Chevalier d'Araujo wird,
wie man behauptet, Berlin verlassen; er hat erkannt, daß durch die
Blockade der brasilianischen Verhältnisse seine hiesige Stellung
nicht länger haltbar ist. — Aus Hamburg ist eine Deputation von
Nehdern hier anwesend, welche sich bei dem Handelsminister Aus-
kunft erbitten will, ob etwa die Schifffahrt von den Maasregeln,
welche der bekannte Hartortsche Antrag in der brasilianischen Ange-
legenheit nach sich ziehen möchte, etwas zu besorgen habe. Die
Deputation soll die beruhigende Zusicherung erhalten haben, daß
die deutsche Schifffahrt keinerlei Nachtheile zu erwarten habe. Auch
mehreren Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, welche sich für diese
Frage interessieren, namentlich den Abgeordneten Waldeck, v. Berg u.
haben die Hamburger ihren Besuch gemacht. — Aus Madrid wird
unser Gesandter, Graf Galen, hier erwartet; ebenso sollen noch an-
dere Vertreter Preußens von verschiedenen Höfen in einigen Tagen
hier eintreffen. Graf Pourtales soll bald nach Paris zurückkehren,
wo gerade jetzt seine Anwesenheit notwendig erscheint. Auch Graf
v. Driolla reist in den nächsten Tagen nach Stockholm zurück. —
Sir John Crampton, der bisherige britische Gesandte in Peters-
burg, machte heute seine Abschiedsbefuche. Er geht nach London
und von dort auf seinen neuen Posten nach Madrid.

— [Zur polnischen Bewegung.] In hiesigen politi-
schen Kreisen wird, nach der „Ebf. Z.“, versichert, die Regierung
beabsichtige, einer mit den polnischen Verhältnissen vorzugsweise
vertrauten Persönlichkeit die spezielle Ueberwachung der polnischen
Bewegung zu übertragen und habe als solche einen jetzt im Pen-
sionsstande lebenden höheren Militär auszuwählen, der früher länger
in der Provinz Posen gestanden hat. (Ist diese Mittheilung begrün-
det, so wäre es doch vielleicht noch eine Frage, ob der General
v. Brandt, den die obige Andeutung wohl meint, bei aller seiner
Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit auch hierfür in der That jetzt die
vollkommen geeignetste Persönlichkeit sein würde. D. Red.)

— [Paphlagonien in Russland.] Man schreibt der
„R. H. Z.“ von der polnischen Grenze: Wir müssen es als ein be-
dauerliches Faktum konstatiren, daß das von der russischen Staats-
regierung veröffentlichte neue Reglement über die Ertheilung von
Pässen an Ausländer zum Verfehr in Russland vom Juli 1860
nicht nur gar keine Erleichterungen, sondern eher neue Einschrän-
kungen des Grenzverfehrs in seinen Bestimmungen enthält. Abge-
sehen davon, daß die Pässe auswärtiger Staaten beim Uebertritt

ihrer Inhaber über die russische Grenze ihre unbedingte Gültigkeit
verlieren und das Ausfertigen eines neuen russischen Passes mit
Aufenthalt und Kosten verknüpft ist, während in anderen Ländern
das Visa des betreffenden Gesandten genügt, dem Pässe auch in
fremden Ländern Gültigkeit zu verleihen, macht das neue Reglement
das persönliche Erscheinen der Pashinhaber auf den Bureaus zur
nothwendigen Bedingung und setzt die Betheiligten den Scherereien
der Unterbeamten aus. Noch bedenklicher wird diese letztere Maß-
regel, wenn der Paß während des Aufenthalts des Inhabers in
Rußland abläuft und derselbe, zu dessen Erneuerung, wo er sich
auch aufhalten mag, genöthigt ist, seinen Paß und somit sich selbst
den russischen Zollbeamten anzuvertrauen. Während nach den frü-
heren Bestimmungen vom Jahre 1839 den Kaufleuten mosaischen
Glaubens das Betreten der Grenze in Handelsinteressen verhält-
nißmäßig erleichtert war, ist diese Bestimmung durch das neue Re-
glement auf bestimmte Klassen derselben eingeschränkt und auch für
diese mit größeren Schwierigkeiten verbunden, ebenso wie der bis-
her erleichterte Verfehr auf der Grenze mit diesseitigen Pässen we-
sentlich erschwert ist. Am auffallendsten aber erscheint die Begün-
stigung, welche den Bewohnern der österreichischen Grenze (S. 16) im
Gegensatz zu den preussischen Grenzen durch das Ausgeben von so-
genannten Legitimationscheinen und Passagierscheinen zu Theil
wird, und mit welchen der Inhaber 3 Meilen von der Grenze in
Rußland hineinreisen und sich daselbst 3 Tage hindurch lediglich
auf Grund lokaler polizeilicher Atteste aufhalten darf.

— [Die Betriebs-Ueberschüsse der Stargard-
Posener-Eisenbahn] haben im verflossenen Jahre 272,086
Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. betragen. Nach Abzug der zur Verzinsung
und Amortisation der Prioritäts-Anleihen und zur Dotirung des
Reserve- und Erneuerungsfonds erforderlichen Summen bleiben
zur Verzinsung der Stammaktien nur 95,504 Thlr. 19 Sgr. Der
Staat muß also zur Deckung der von ihm garantierten 3 1/2 % Zin-
sen noch 79,495 Thlr. 11 Sgr. zuschießen. Für das Jahr 1859 be-
trug dieser Zuschuß 147,727 Thlr., für 1858 145,000 Thlr.

Koblenz, 26. April. [Vegetation.] In dem großen,
durch seine vorzügliche Lage ausgezeichneten Weinberge der Herren
D'Estier im Kreuzberge bei Ehrenbreitstein hat man bereits vor
einigen Tagen Blüthengespinnne an den Stöcken gefunden. Ueber-
haupt zeigt sich, nach der Aussage der Winzer, in der hiesigen Ge-
gend der Weinstock ganz gut. (Anderswo sollen die Weinstöcke und
Aprikosen durch die strenge Kälte sehr gelitten haben.)

Oesterreich. Wien, 26. April. [Die ungarische Frage.]
In den Angelegenheiten Ungarns ist eine beinahe unheimliche Stille
eingetreten; augenscheinlich werden von allen Parteien hinter der
Scene Vorbereitungen getroffen, um dem bevorstehenden Kampfe
wohlgerüstet entgegenzugehen. Anders läßt sich der Stillstand im
Beginn der Arbeiten des Landtags in Pesth kaum erklären. Die
hiesige Regierung, obwohl gedrängt durch manche finanzielle Posi-
tion, da es immer schwieriger wird, die direkten wie indirekten
Steuern in einem Lande einzutreiben, wo keine Exekutive zu Ge-
bote steht, schiebt es doch nicht ungern, daß bei dieser Verflechtung
die erhigten Gemüther sich abkühlen und sie selbst das Terrain und
die agierenden Persönlichkeiten rekonnoßiren kann; besonders wenn
die äußeren Verhältnisse, wie es den Anschein hat, sich etwas gün-
stiger gestalten, gewinnt man an Kraft und Muth, den Knoten zu
entwirren. Die Hauptfrage ist jedoch, was die Magyaren als Ent-
schluß im Sinn haben. Die Extreme werden nicht beachtet: all ihr
Loben führt nur die Erschrecken in die Reihe der Regierung, und
rekrutirt für die sogenannten Altkonservativen. Eine desto mächti-
gere Intensivität ist jener Mittelpartei zuzuschreiben, die sich von
der Revolution fern hält, aber fest auf dem Boden des einmal er-
langten Rechtes verharret. Von dieser Faktion ist seit wenigen Ta-
gen eine Art Programm in Zirkulation gesetzt, das hier Aufsehen
erregt, weil es bei allem Festhalten an der magyarischen Anschauungs-
weise der Verhältnisse dennoch einen staatsmännischen Blick und
eine Neigung zum Kompromiß verräth. Der Ungar will, daß den
Kaiser ein magyarisches und ein deutsches Ministerium, ein magya-
risches und ein deutsch-slavisches Parlament umgebe. Der Dualis-
mus löse sich dadurch, daß beide Ministerien gemeinsam beraten,
obwohl jedes separat die Vorlagen an das betreffende Parlament zu
machen habe. Die Parlamente dies- und jenseits der Leitha sollen
durch Ausschüsse in Berathung treten, deren Aufgabe es wäre, ge-
meinjamte Beschlüsse, gleichartige Formulierungen zu gewinnen. So
lückenhaft sich dieses Programm darstellt, so liegt denn doch in ihm
unverkennbar ein Annäherungsversuch, der um so größere Bedeu-
tung erhält, wenn es sich bewahrheitet, daß es aus den Kreisen
Deuts und Götvös stamme. Es gilt dies als Anzeichen und Vor-
bote eifrigen Bestrebens, jeden gewaltsamen Bruch zu vermeiden,
und deshalb lieber den Beginn des Landtags hinauszuschieben, um
dann mit Aussicht auf Erfolg in geordneter Schlichtlinie den par-
lamentarischen Kampf für ein festgestelltes Projekt aufnehmen zu
können. Hierorts ist man obnehin zu allen Konzessionen bereit,
welche die Wahrung der Kaiserkrone nicht alteriren; alles An-
dere wird bei Hofe als oberflächlich behandelt. (N. Z.)

— [Tagesbericht.] Die Reise des Kaisers nach Böhmen
wird im August stattfinden, für die Krönung in Prag ist der 21.
August bestimmt. — Der „Wdr.“ widerspricht der Notiz, daß das
von ihm veröffentlichte ungarische Programm von Götvös oder
Deak herrühre. — Der Reichstagsdeputirte Stefan Odern hat eine
Erklärung veröffentlicht, in welcher er den bekannten Erlaß Bene-
diks als eine „grundlose Unwahrheit und Verunglimpfung“ bezeich-
net. — Die k. k. Konsistorien A. und H. Konf. haben von Seiten
des Staatsministeriums die Weisung erhalten, sich sofort im Sinne
des Patents vom 8. April l. J. zu konstituiren und ist auch dem.

gemäß der „evangelische Oberkirchenrath“ bereits in Wirksamkeit getreten (nämlich das k. k. Konsistorium heißt von nun an evangelischer Oberkirchenrath). — Die Direktion des ständischen Theaters in Prag hat bereits die Wahl der Feste für die bevorstehende Krönung des Königs Franz Joseph getroffen. Es ist dazu keine andere als Richard Wagners Nibelungen (erster Theil) ausersehen und der Komponist eingeladen, die Aufführung persönlich zu leiten. Soll man darin eine Demonstration gegen die deutschen Regierungen oder gegen den guten Geschmack sehen? — Am hiesigen Landgericht fand gestern die Schlussverhandlung gegen vier von den bei den neulichen Straßentravallen Verhafteten statt. Zwei wurden zu 14 Tagen, einer zu 1 Monat strengem, einer zu 14 Tagen einfachem Arrest verurtheilt. — Aus Lemberg, 24. April, wird gemeldet: Die Servitutenfrage wurde dem Landesauschuss zugewiesen. Borkowski's Antrag auf Unverantwortlichkeit der Deputirten und Dietls Antrag, daß die Krakauer Universität durchwegs polnisch sein soll, sind einstimmig angenommen worden. — Die Abendausgabe des „Wanderer“ enthält einen telegraphischen Bericht über die heute stattgehabte Landtagsitzung in Lemberg. Der Abgeordnete Borkowski sprach gegen die Vornahme der Wahlen zum Reichsrath, der Abgeordnete Wodziecki für dieselbe. Der Letztere beantragte jedoch einen ausdrücklichen Vorbehalt betreffs der Autonomie und der historischen Rechte des Landes. Dieser Antrag wurde angenommen. — Die „Donau-Zeitung“ enthält ein Telegramm aus Ragusa vom gestrigen Tage. Nach demselben haben die Aufständischen Ficebo nahe Trebigne angegriffen. Ueber Risik mußte man nichts Bestimmtes, da die Verbindung durch die Aufständischen unterbrochen ist; es war sogar unsicher, ob der Platz noch eingeschlossen sei oder nicht. (S. oben Zeile 12.)

Innsbruck, 25. April. [Die Landesvertheidigung.] Die einzige Frage von praktischer Bedeutung und hoher Wichtigkeit für das Land kam am 22. d. zur Verhandlung. Sie betraf die Landesvertheidigung. Die Debatte drehte sich zunächst um vier Punkte, welche von dem für diese Angelegenheit ersonnenen Ausschuss formulirt waren und einige Abänderung erlitten. Der erste verlangte, daß man wegen der Kürze der Zeit und drohender Gefahr für 1861 den 1859 revidirten Entwurf einer Landesvertheidigungsordnung, jedoch nur provisorisch, beibehalten möge. Dagegen erhob sich Ingram, und wies, jedoch ohne Erfolg, darauf hin, daß die verhasste Loosung ein ihrem Zweck völlig entgegengesetztes Resultat haben müsse, und fordert, man möge dem Kaiser die Sache zur Entscheidung überlassen. Dann kam die gedrückte Stimmung des Landes zur Sprache, zu deren Beseitigung einige Konzeptionen gemacht werden mußten. Diese betreffen die Wiederherstellung des militärischen Einstandes, die Reinhaltung des tirolischen Kaiserjägerregiments von Ausländern, die Herabsetzung der Kapitulationszeit auf vier Jahre, die Amnestirung aller Jener, welche sich bei der letzten Schützenloosung kompromittirt hätten. Ein Mitglied suchte auch hier die Annahme des fürstbischöflichen Antrags zur Bedingung zu machen, fand aber wenig Gehör. Hingegen wehrten sich die Vertreter des Trentino, als davon die Rede war, Wälschtirol habe für jeden ausrückenden Schützen täglich 30 Kreuzer Entschädigung an die deutschen Gemeinden zu zahlen, indem man bei den gegenwärtigen Zuständen die Wälschtiroler kaum mit Erfolg zur Landesvertheidigung beziehen könne. Man vereinigte sich schließlich dahin: der Landtag möge bei einem erfolgten Ausmarsch die Lasten berechnen, und den Wälschtirolern eine Summe zur Bezahlung an deutsch-tirolische Gemeinden auferlegen. Man sieht, das sind nur Provisorien, und so lautet der vierte Punkt auch dahin, daß die Landesvertheidigungsordnung erst auf dem künftigen Landtag festzustellen sei. (A. 3.)

Sachsen. Zwickau, 27. April. [Hohes Alter.] Die hiesige Tuchmacherinnung hat unlängst einen Tuchmacher zum Ehrenmeister ernannt, der im 82. Lebensjahre steht und nebst einer überaus seltenen Gesundheit sich einer so zahlreichen Nachkommenschaft erfreut, wie sie selten vorkommt, denn es befinden sich von ihm noch 11 Kinder, 90 Enkel und 35 Urenkel am Leben.

Frankfurt a. M., 27. April. [Bundversammlung.] In der heutigen Bundestagsitzung erklärte der dänische Bundestagsgesandte, das Patent von 1859 sei den Ständen, wenn auch nicht zur Aufhebung, doch zur Zustimmung vorgelegt worden. Die Regierung habe das Bedenken der Stände, weil dasselbe ihre Kompetenz überschreite, zurückgewiesen. — In Betreff der Bundeskriegsverfassung ist Beibehaltung der Reservedivision und Ersatztruppenerhöhung auf 1/2 Proz. beschlossen worden.

[Kriegslärm in der süddeutschen Presse.] Die agitatorischen Kriegskartikel der süddeutschen und hiesigen Presse werden konsequent fortgesetzt. Nach dem „Frankf. Journal“ sind die Befürchtungen des Krieges mit Frankreich gestiegen; Kaiser Napoleon beabsichtige die Eroberung der Schweiz („Frankf. Postzeitung“ nach der „Laufanner Zeitung“); in Preußen stehe die Mobilmachung nahe bevor, Standlager würden in der Rheinprovinz errichtet, die süddeutschen Regierungen hätten sich zur Aufstellung eines Observationskorps am oberen Rhein geeinigt u. s. w. Wahrscheinlich hat man von gewisser Seite in Paris die Absicht, die Franzosen durch diese bedrohliche Haltung Deutschlands von der Beachtung der inneren Verhältnisse ihres Landes abzulenken und begünstigt von deutscher Seite diese Provokation, um Preußen sobald als möglich den Interessen der österreichischen Politik dienstbar zu machen. Wenn die Franzosen bei diesem Anglistgeheiß nicht Kourage bekommen, so wäre es zu verwundern. Erwähnen will ich noch, daß der „Bayrische Courier“ Preußen die Abtretung der Rheinprovinz gegen eine Entschädigung in Nord- und Mitteldeutschland zutraut! (Sp. 3.)

Schlesien. Kiel, 25. April. [Demonstration.] Am Freitag voriger Woche waren hier eine große Menge holsteinscher Reservisten, die nach Kopenhagen eingeschifft werden sollten, anwesend. Man konnte glauben, ins Jahr 1848 zurückversetzt zu sein. Die Reservisten, vereint mit einigen hundert Kielern, durchzogen unter dem Gesänge „Schleswig-Holstein“ die Straßen und brachten dem kommandirenden General Schöller, sowie mehreren Dänischgesinneten, eine Kagenmusik. Die Polizei, sowie das Militär schritten nicht ein, vigilirten aber auf die in Masse dabei theilnehmenden Kieler, deren Namen sie notirten und die nach Abreise der Reservisten, welche Abends auf Dampfschiffen erfolgte, Einer nach dem Andern eingestekt wurden. (H. N.)

Luxemburg, 25. April. [Militärerzesse.] Am 14. d. haben zwei Soldaten ohne jede Veranlassung (wie dies von allen

Seiten versichert wird) friedliche Bürger angefallen und denselben bedeutende Verwundungen beigebracht. Ein Greis erhielt 12, Schreibe zwölf Wunden, von denen mehrere sehr bedenklich sind. Derselbe schwebt noch immer in Lebensgefahr. Die Thäter sind verhaftet und eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Entrüstung über solche unerhörte Gewaltthatigkeiten gegen friedliche, wehrlose Bürger ist allgemein. Inzwischen bringt das offiziöse Organ unseres Ministeriums, die „Union“, folgendes Schreiben des Gouverneurs unserer Bundesfestung, Generalleutenants v. Brauchitz, vom 17. d. an unseren Staatsminister, Präsidenten der Regierung:

An den königlich-großherzoglichen Staatsminister, Präsidenten der Regierung, Ritter v. Herrn Baron v. Törnau, Czöllenz. Indem ich Ew. Excellenz für das geehrte Schreiben vom 15. c. meinen ergebensten Dank sage, fühle ich mich gedrungen, mein lebhaftes Bedauern über die traurige Veranlassung jenes Schreibens und meine vollste Indignation über einen Ergeß auszusprechen, dessen Veranlassung zwei Soldaten des Magdeburgischen Füsilierregiments Nr. 36 gewesen, und dessen beklagenswerthes Resultat die Verwundung mehrerer friedlichen Bürger geworden ist. Ich kann Ew. Excellenz hierbei nur versichern, daß der Festungskommandant, Generalmajor v. Voigts-Rheß, so wie das ganze Offizierscorps der Garnison die Entrüstung über diesen brutalen Ergeß mit mir theilen, und daß Alles aufgeboten werden wird, um Wiederholungen ähnlicher Vorfälle zu verhüten. Glücklicher Weise sind diesmal die Schuldigen arretirt und werden dieselben nach der größten Strenge der Gesetze bestraft werden. Ich muß leider zum Nachtheil der Garnison bekennen, daß die Mittheilung der Bürgerchaft Luxemburgs über die vorgefallenen Ergeße nicht unangenehm ist; allein indem ich es thue, kann ich Ew. Excellenz nur bitten, Ihren gewichtigen Einfluß auf die Beruhigung der Einwohnerchaft gütigst wirken zu lassen, damit aus dem vorhandenen Uebel nicht der Keim fortwährender Unbilligkeiten entstehe. Indem ich Ew. Excellenz ergebenst anheimstelle, von diesem Schreiben beliebigen Gebrauch zu machen, ergreife ich die Gelegenheit, Ew. Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung auszusprechen. Der Generalleutnant, Generaladjutant und Gouverneur v. Brauchitz.

Ein solch freies Bekenntniß, daß die Schuld ganz auf Seiten der Soldaten ist, macht dem würdigen Manne, der dasselbe erlassen, alle Ehre und giebt ihm wiederholt Anspruch auf die allgemeine Achtung der Luxemburger. Der Inhalt dieses Schreibens wird denn auch seinen Zweck nicht verfehlen, und die Gemüther gänzlich beruhigen. Die Bürgerchaft erkennt den Gerechtigkeitsinn des Militärgouvernements an und erblickt in dem Schreiben desselben, wie in der bevorstehenden Bestrafung der Schuldigen Genugthuung für den begangenen Frevel. (Trier. Volks-Stg.)

Sächsisch. Herzogth. Meiningen, 26. April. [Bom Landtag.] Vor seiner am 23. d. erfolgten Vertagung richtete der Landtag noch in Betreff der Presse das Ersuchen an die Regierung, eine Gesetzentwurf an den Landtag gelangen zu lassen, welche insbesondere die Konzeptionsentziehung bei den Gewerben der Presse von einem richterlichen Spruche abhängig macht; ferner verlangte er eine liberalere Ordnung des Vereinswesens auf legislativem Wege, da er der Ausführungsverordnung zu dem betreffenden Bundesbeschlusse keine Rechtsgültigkeit beimeße.

Schleswig, 25. April. [Militärisches.] Auch die Stadt Husum wird nächstens mit Militär bedacht werden, da man Willens ist, einen Theil des vor Husum liegenden Schlosses mit Kriegsmaterial anzufüllen; ohne Zweifel dürfte mit diesem Kriegsmaterial zugleich Militär zur Bedeckung eintreffen.

Friedrichstadt, 25. April. [Die Befestigungsarbeiten.] In der Nähe unserer Stadt, sowohl bei der Westerschleuse, als auf dem früheren Vorfluthplatz und im Osten unmittelbar an der Chaussee, dem Greve'schen Hof gegenüber, werden jetzt mit großem Eifer betrieben und unsere Eiderdeiche als willkommenes Material dazu stellenweise benutzt und noch um 10 Fuß mehr erhöht und verstärkt. Doch hüte sich jeder Unberufene, zu tief in die Geheimnisse der Kriegskunst einzudringen. Ein hiesiger Einwohner hat die Folgen davon erfahren. Trotz Warnungstafel ließ er sich gelüsten, einen neugierigen Blick in die fortifikatorischen Werke zu thun, und mußte 6 Thlr. Strafe zahlen. Gegenwärtig sind hier reichlich 200 Mann bei den Schanzarbeiten beschäftigt, die bei angestrebter Thätigkeit es zu einem Tagelohn bis zu 10 Mk. R.-M. (1 Thlr. 7 1/2 Sgr.) bringen können.

Großbritannien und Irland.

London, 25. April. [Tagesbericht.] Bei Lord Derby war gestern die zweite große Soirée dieser Saison. Die Salons waren bis ein Uhr nach Mitternacht vollgedrängt. Vom diplomatischen Korps hatten sich die Gesandten von Rußland, Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Amerika, Italien, Portugal, Griechenland und der Türkei eingefunden. — Der hon. George E. Baldevin, seit 10 Jahren Sekretär des Sprechers im Unterhause, hat seinen Posten aufgegeben. Ihn wird Mr. Alfred Denison, ein jüngerer Bruder des jetzigen Sprechers, ersetzen. — Dem Erfinder der Dampfmaschine, Watts, wird in seiner Geburtsstadt Greenock ein Denkmal gesetzt werden. — Die Regierung hat dem Parlamente eine Bill zum Schutze des Eigenthums- und Verlagsrechts aller in das Reich der schönen Künste gehörigen Gegenstände vorgelegt. Diesem Gesetzesvorschlage zufolge sind Gemälde, Statuen und dgl. absolutes Eigenthum der betreffenden Künstler auf Lebenszeit und ihrer Hinterbliebenen 30 Jahre nach dem Tode der betreffenden Künstler, d. h. die Künstler allein (und resp. ihre Hinterbliebenen innerhalb der bestimmten Zeitdauer) haben das Recht der Kopirung und Vervielfältigung ihrer Werke. Ein gleiches gilt von Bauplänen aller Art, so lange sie nicht zur Ausführung gelangt sind. Kunstwerke des Auslandes genießen denselben Schutz wie englische, doch muß hier wie dort der Name des Künstlers auf dem betreffenden Kunstwerke deutlich verzeichnet sein. Auf die Fälschung von Künstlernamen sind besondere Strafen gesetzt. Die Einfuhr von Nachbildungen künstlerischer Produktionen ist absolut verboten. — In der am 22. d. stattgehabten Sitzung der Londoner geographischen Gesellschaft wurden neuere Briefe von Dr. Livingstone aus Zentral-Afrika verlesen. Der letzte, an Sir Rod. Murchison gerichtete, war aus Zette vom 20. Nov. v. J. adressirt. Livingstone und seine Gefährten hatten neue und interessante Gegenden besucht, erfreuten sich des besten Wohlseins und standen mit den Eingebornen allenthalben im freundschaftlichsten Einvernehmen.

[Änderung des österreichischen Regierungssystems.] Einer Korrespondenz der „Morn. Post“ aus Paris entnehmen wir Folgendes: „Ich habe heute (am 21. April) einen Brief von einem hochgestellten Freunde aus Wien erhalten, dessen Mittheilungen sich bisher immer bewährt haben. „Der Kaiser von Oesterreich“, so versichert er, „hat kein Bedenken, der ganzen österreichischen Monarchie eine wirklich konstitutionelle Regierung auszurichten zu gewähren. Der Reichsrath (kann auch der Landtag gemeint sein) wird weitere Zugeständnisse verlangen, und der Kaiser wird

sie bewilligen. Ferner kann ich die bestimmte Nachricht mittheilen, daß Oesterreich sein Militärsystem aufgeben wird. Erst vor wenigen Tagen sagte der Kaiser zu einem reaktionären Minister Folgendes: „Ich bin seit meiner Thronbesteigung Ihrem Rathe gefolgt, und welches sind die Folgen? Weder die Loyalität des Volkes, noch die Finanzen des Reiches haben sich gebessert; von nun an will ich anderen Rathschlägen folgen.“ Ich zweifle nicht, daß die auswärtigen Gesandten in Wien über diese Aenderung in den politischen Inspirationen des Kaisers ihren resp. Regierungen Bericht abgestattet haben, doch ist es von Wichtigkeit, daß die Sache allgemein bekannt werde.“ (Noch wichtiger, wenn sie sich auch bewährte. D. Red.)

London, 27. April. [Parlament; Bankausweis.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Palmerston auf eine desfallsige Interpellation Cecil's, obgleich das Benehmen der preussischen Beamten zu Köln gegen den Kapitän Macdonald die Schranken des Gesetzes innehielt, so war es doch dazu angethan, die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen zu stören. Er begreife die Haltung des preussischen Ministeriums nicht; die englische Regierung würde in einem ähnlichen Falle sich sofort entschuldigt haben. (?) — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,038,985, der Metallvorrath 13,116,949 Pfd. St. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 26. April. [Cavour und Garibaldi.] Haltung des Kaisers in der römischen Frage; der Papst in England; Annexion Gait's; Prinz Napoleon und Mieroslawski. Die Nachrichten folgen sich und gleichen sich nicht. Nachdem uns der Telegraph sechs Tage lang von den immer leidenschaftlicheren Zwistigkeiten zwischen Cavour und Garibaldi unterhalten, bringt er plötzlich am siebenten Tage die Nachricht von einer allgemeinen Aussöhnung, von Händeschütteln und Küssen. Ein so plötzlicher Umschwung hat etwas Befremdendes, und ich habe mannichfach die Ansicht ausgesprochen hören, daß diese Ausgleichung einfach eine Komödie sei, um nach Innen und Außen den schlechten Eindruck zu verwischen, welchen die Debatte im italienischen Parlament und der nachfolgende Briefwechsel hervorgerufen. Ich glaube indessen, daß noch eine andere Ursache dieser überraschenden Erscheinung zu Grunde liegt. Zu einem bloßen Theatereffekt, dessen Nichtigkeit sich ja bei der ersten Gelegenheit beweisen mußte, hätte Garibaldi wohl nicht seinen Namen hergegeben, um so weniger, als durch den Brief Cavour's seine Stellung bei weitem eine bessere geworden war, und er dem Ministerium seine Bedingungen stellen konnte. Aus der Beröhnung glaube ich daher annehmen zu können, daß Cavour die Bedingungen angenommen hat, vielleicht nicht unzufrieden mit der Gelegenheit, dem Kaiser Napoleon gegenüber den thatsächlichen Beweis zu führen, daß er der Partei der That gegenüber zu Konzeptionen verpflichtet, daher eine schnelle Lösung der römischen Frage dringend notwendig sei. Hier indessen will man durchaus nichts davon wissen, daß die französischen Truppen Rom verlassen sollen, und die dahin lautenden Mittheilungen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die französischen Journalisten, welche täglich den Fall des Papstthumes verurtheilen, sind in einem großen Verlangen, wenn sie die große Macht verkennen, welche das Oberhaupt der katholischen Kirche auch heute noch ausübt. In den Tuilerien denkt man darüber anders, und man mag deshalb die Truppen nicht heimkehren lassen, weil man einen Einfluß auf den Papst und die Gesichte der römisch-katholischen Kirche sich bewahren will. Der Gedanke, den Papst, im Fall seine Abreise aus Rom notwendig würde, nach England zu bringen, oder im Fall seines Todes den Cardinal Wiseman zu seinem Nachfolger zu machen, beschäftigt hier angelegentlich die Gemüther. Wenn man näher auf diesen Plan eingeht, erscheint er in der That nicht schlecht angelegt. Auf diese Weise würde die katholische Kirche von dem Einflusse der katholischen Mächte befreit, welche derselben in der That mehr geschadet als genützt haben, und gleichzeitig bietet sich die Möglichkeit, dem Katholizismus ein großes Feld der Thätigkeit in England selbst zu eröffnen, wo gerade in dem letzten Jahrzehend die Uebertritte zur römischen Kirche sich bedeutend vermehrt haben. Indessen darf man annehmen, daß die englische Nation den ihr daraus drohenden Schaden erkennen und sich hüten werde, dem Papst das Inselreich zu eröffnen. Wie ich aus guter Quelle vernehme, sind indessen einzelne Andeutungen gemacht worden, wie die Tories eine Niederlassung des Oberhauptes der Kirche in Dublin aufpassen würden, und wie mir mein allerdings katholischer Gewährsmann versichert, haben die Führer dieser Partei in der unglücklichsten Verblendung kein Bedenken dagegen erhoben. Bestätigung dieser Gerüchte wird abzuwarten sein. (D. Red.)

In meinem letzten Brief sprach ich von der Intention der Republik Ecuador, sich dem französischen Scepter unterzuordnen; heute muß ich Ihnen Wehliches von der Republik Gait melden; der Präsident dieses Negerstaates hat einen dahin lautenden Wunsch ausgesprochen, vorausgesetzt, daß man dem Lande eine repräsentative Verfassung belfasse. Ein mit den Eröffnungen des Präsidenten Geffrad beauftragter Adjutant des in jenen Gewässern stationirten französischen Admirals ist heute hier eingetroffen. — Schließlich noch eine kleine Notiz über die neuliche Note des Moniteurs bezüglich Polens. Ich glaube Ihnen gemeldet zu haben, daß dieselbe nach einer Audienz des Grafen Risseff, des russischen Votchschafters, der Redaktion zugeht. Interessant ist, daß in dieser Audienz der Graf dem Kaiser bewies, was man bisher nicht hatte Wort haben wollen, daß der Prinz Napoleon durch seinen Verkehr mit den polnischen Agitatoren Urheber der Unruhen gewesen. Diesen Beweis zu führen, überreichte der Votchschafter eine Note seiner Regierung, in welcher sich Auszüge aus einer Korrespondenz Mieroslawski's befanden, welche man in Warschau mit Beschlag belegt hatte. In dieser Korrespondenz fanden sich mehrfache Mittheilungen über seine Unterredungen mit dem Prinzen und über dessen Ansichten.

Paris, 25. April. [Die Waffensendung nach den Donaufürstenthümern.] Ueber die geheimnißvolle Geschichte der fünf mit Kriegsmaterial beladenen Schiffe, die vor einiger Zeit in Konstantinopel festgehalten worden sind, erfahre ich hier Folgendes. Die Operation begann damit, daß man in den Zeitungen die Nachricht verbreitete, man werde fortan zwischen Genua und Galata eine regelmäßige Schiffsverbindung zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen herstellen. Als die türkischen Behörden, von Oesterreich zuerst aufmerksam gemacht, die gemessenen Schiffe durchsuchten, fanden sie auf denselben ein vollständiges Arsenal:

gezogene Kanonen, gezogene Gewehre, Revolver, Bayonettfädel u. s. w. Die Waffen waren meist französische Fabrikat. Während die Untersuchung nun noch im Gange war, der General Durando in Konstantinopel reklamirte, und die Pforte sich wie gewöhnlich bei England Rath erholte, segelten die Schiffe ruhig aus dem goldenen Horn ab und landeten in den Donaufürstenthümern. Hier spielte Fürst Gousa, für den sie ursprünglich bestimmt waren, die Komödie, sie mit Beschlag zu belegen; als aber die Pforte von ihrem Vasallen die Auslieferung der Schiffe verlangte, erklärte der Fürst, daß er über ein unabhängiges Land regiere. Nun mischte sich der englische Botschafter Bulwer in Konstantinopel ein, und ließ dem Fürsten bemerken, er solle ihm den Gefallen thun und die Waffen ausliefern. Piemont reklamirte seinerseits, da die Sache verrathen war, das Eigenthum der Schiffe und die Pforte antwortete, sie wolle Alles zurückersetzen, wenn man ihr einen regelmäßigen Heimathschein zeige und den Rheder nennen wolle. Da England unterdessen Zeit gehabt, die Sache genauer zu untersuchen, so hat es gefunden, daß es auf die Ausrüstung eines Korps von 30,000 Mann abgesehen war, und daß die kleineren auf den Schiffen befindlichen Waffengattungen in dieser Anzahl vorhanden waren. Als man aber nach dem Rheder suchte, fand man, daß er in Paris lebt und auffallende Ähnlichkeit mit dem bekannten Projektor der rumänischen Bewegung hat. (R. 3.)

[Preussische Landtagsverhandlungen im „Moniteur“.] Ueber die Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 22. d., in welcher die Niegolewski'sche Motion zur Sprache kam, hat sich der „Moniteur“ besonders Bericht erstatten lassen, den er heute mittheilt. Die Erklärung Schwerins, daß die Regierung jede Uebertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen werde (siehe Landtagsverhandlungen in Nr. 94.), wird in diesem Berichte mit folgenden Worten wiedergegeben: „die Regierung werde der polnischen Agitation im Großherzogthum Polen die Spitze zu bieten und sie nöthigenfalls niederzudrücken wissen, möge sie sich in friedlicher Gestalt oder mit den Waffen in der Hand zeigen.“ Schließlich macht der Bericht darauf aufmerksam, daß, wenn die Vertreter der entschiedenen demokratischen Partei zwar mit den Polen gegen die einfache Tagesordnung gestimmt, sie dies eben nicht aus Günst für die Niegolewski'sche Motion, sondern gerade umgekehrt nur deshalb gethan hätten, weil sie eine durch das Interesse der deutschen Nationalität in Polen motivirte Tagesordnung hätten haben wollen.

[Haltung der polnischen Emigration; Zustände in den Donaufürstenthümern.] Man erwartet hier mit Bestimmtheit eine große Manifestation der polnischen Frauen für den achten Mai. Dieselbe soll in einer ungeheuren Pilgerfahrt bestehen, und die Gerüchte, die von den hier lebenden exilirten Polen darüber in Umlauf gesetzt werden, sind der Art, daß ich Anstand nehme sie hier zu wiederholen. Die Note im „Moniteur“ hat einen Theil der polnischen Emigration, die auf eine bevorstehende offizielle Vermählung der französischen Politik mit der polnischen gerechnet zu haben scheint, doch etwas stutzig gemacht und man hört wohl hier und da in schmollem Töne das: „fara da se“ als politisches Programm der Polen aussprechen, wozu die Franzosen natürlich die Achseln zucken. — Große walachische Familien erhielten gestern direkte Nachrichten aus den Donaufürstenthümern, welche von den dortigen Zuständen ein interessantes und im Westen wenig gekanntes Bild entwerfen. Die Regierung des Prinzen Gousa ist bei den Neuwahlen vollständig geschlagen worden. Die liberal-konservative Partei hat den Sieg davon getragen und die beiden Prinzen Konstantin und Demetrius Ghika, welche sich durch ihre in der Vertheidigung konservativer Grundsätze berechnete Opposition gegen die Regierung ausgezeichnet haben, sind zum vierten Male wieder gewählt worden. Es ist dies, jenen Nachrichten zufolge, die bedeutendste Niederlage, welche die Regierung des Prinzen Gousa bisher erlitten hat, und es sind noch nirgends Wege angebahnt, die eine Vermittelung zwischen den großen Grundbesitzern und der demokratischen Regierung zustande bringen könnten. (Pr. 3.)

Paris, 26. April. [Tagesbericht.] Der Kaiser hat gestern im Boulogner Wald über die von General d'Almonville befehligte Division der schweren Kavallerie von Versailles Revue abgehalten, bei welcher Gelegenheit Kreuze und Medaillen an verschiedene Militärs vertheilt wurden. — Der Kaiser hat den Ankauf der kostbaren Campanasammlung in Rom beschlossen; der gesetzgebende Körper wird zu diesem Zwecke vier Millionen Franken zu bewilligen haben. — Der gestern in dem Ministerium des Auswärtigen eröffnete Bazar zum Besten der syrischen Wittwen und Waisen wurde von einem zahlreichen und vornehmen Publikum besucht und machte sehr gute Geschäfte. Die ersten Damen der offiziellen Welt, wie die Gräfin Balenska u. s., halten in kleinen geschmackvollen Buben, die in den Sälen und in Gärten aufgeschlagen sind, ihre Artikel feil. — Es heißt, Peter Bonaparte, der auch eine Antwort auf die Broschüre Almale's mit der Unterschrift Un vieux troupier geschrieben hat, habe sich nach London begeben. — Herr v. Perigny hat ein Rundschreiben an die Präfekten erlassen, um sie zur Beaufsichtigung der Departementalpresse, namentlich in Bezug auf die Polen und die polnischen Angelegenheiten, aufzufordern. — Marschall Niel soll in außerordentlicher Mission sich nach Petersburg begeben. — Die neuesten Nachrichten aus Saigun lauten ungünstig. Die Anamiten haben Verstärkungen erhalten und schließen die französische Expeditionskolonie in dem kürzlich von ihr eroberten verschanzten Lager ein. An ein Vordringen in das Innere ist unter solchen Verhältnissen vorläufig nicht zu denken. — Die englische Flotte ist vor Beirut angelangt. Gleich nach ihrer Ankunft begab sich der Admiral derselben in Begleitung des englischen Konsuls dieser Stadt nach den Bergen. Angeblich sind sie mit der Mission betraut, Alles aufzubieten, damit nach dem Abzug der Franzosen sich die früheren Szenen nicht mehr erneuern. — Gestern erschien bei Dentu eine Broschüre gegen den Herzog von Almale. Sie führt den Titel: „Geschichte der Regierung Louis Philippe's“, und ist an den Herzog von Almale gerichtet. Sie stellt einen Vergleich zwischen dem Zulusönigthum und dem zweiten Kaiserreich an und sagt zum Schluß, daß, wenn ohne Louis XIV. kein Kanonenfuß in Europa gethan werden konnte, heut zu Tage ohne den Willen Napoleons III. in der ganzen Welt kein Kanonenschuß fallen könne. — Sicherem Vernehmen nach soll Goud wieder das Staatsministerium übernehmen. — Aus Marseille wird gemeldet,

daß die Aufführung der Oper „Charles VI.“, die in Bordeaux so bedenklichen Beifall gefunden (s. Nr. 95) auf höheren Befehl untersagt worden sei. — Wie man vernimmt, ist der König von Neapel noch keineswegs geneigt, sich durch die Ereignisse in der Ausübung seiner souveränen Rechte beirren zu lassen. Er hat sich in Rom eine Staatskanzlei eingerichtet, vermittelt welcher er den Anhängern seiner Rechte Pässe, Legalisationen u. s. ausfertigt. Vor kurzer Zeit haben einige Dominikanermonche, die sich nach der Insel Corsica begeben, sich ihre Pässe in dieser Kanzlei ausstellen lassen. — Herzog Grammont wird bald auf Urlaub von Rom hierher kommen; doch scheint es in der letzten Zeit zweifelhaft geworden zu sein, ob er später wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Man hegt sogar in den katholischen Kreisen die bis jetzt allerdings noch sehr schwache Hoffnung, daß vielleicht Hr. v. Bourqueney an Grammonts Stelle sich nach Rom begeben werde. — Der Präfekt des Departements des deux Sevres hält noch immer das Verbot aufrecht, das er seinen untergebenen Beamten in Bezug auf den Umgang mit dem Bischof von Poitiers ertheilt hatte. Es wurde neuerdings wieder eingeschärft, daß man sich aller üblichen Aufmerksamkeiten und Ehrenbezeugungen gegen den Prälaten bei dessen bevorstehender bischöflicher Rundreise zu enthalten habe. — Eine Anzahl von Fabrikanten hat an den Staatsminister eine Petition für eine permanente industrielle Ausstellung gerichtet. — Das Théâtre Français wird eine durchgreifende Umgestaltung erleiden. Man ist in dem Staatsministerium eben damit beschäftigt. — Hr. v. Segur-Dupeyron, französischer Konsul in Warschau, hat Weisung erhalten, in verständlichem Sinne auf die Führer der nationalen Bewegung einzuwirken und ihnen zu einer Annäherung an Rußland seine Vermittlung anzutragen. — Ein großes Feuer ist heute in der jetzt zu Paris gehörenden Lachapelle ausgebrochen. Eine ganze Straße steht in Flammen. Um 6 Uhr war man noch nicht Herr des Feuers.

Belgien.

Brüssel, 25. April. [Feuer.] Das in der Vorstadt, fast vor den Thoren Brüssels gelegene Theater des Nouveautés, ein außerordentlich großes, weißläufiges Gebäude, in welchem nicht weniger als vierzig Familien ihr Unterkommen hatten, ist gestern Nacht bis auf die nackten Mauern niedergebrannt. Alle Hülfe war unnütz, und durfte man sich noch glücklich schätzen, daß die umliegenden Häuser bewahrt werden konnten und kein Verlust an Menschenleben zu beklagen ist. Die aus dem vom Dache bis in die Keller hinein brennenden Gebäude aufsteigende Feueräule war bis nach Mecheln hin sichtbar, die Hitze in der Nähe des Brandes selbst, der weithin Tageshelle verbreitete, unerträglich. Im Innern des Theaters ist nichts gerettet worden. (R. 3.)

Italien.

Turin, 26. April. [Kleine Notizen.] Die Deputirtenkammer hat die Verlängerung des Dienstes der mobilen Nationalgarde auf drei Monate votirt. — Nach der „Opinione“ haben der Fürst Gousa und der Bey von Tunis das Königreich Italien anerkannt. — Ein Steuerzuschlag von 19%, mit dem die Grundbesitzer in der Lombardie von Turin aus außer dem bestehenden Kriegszuschlag bedacht werden sollen, hat den Gouverneur von Mailand zu sehr ernstlichen Einprüfungen veranlaßt. Das „Regno d'Italia“ will wissen, der Gouverneur werde in Folge dieser Haltung zurücktreten. — Der „Espresso“ meldet die Abreise der Königin von Neapel von Rom; sie begiebt sich vorerst nach München. General Bosco, welcher sie bis Triest begleitet, wird dem General Benedek einen Besuch abstatten. — Das 7. französische Linienregiment, welches zum römischen Okkupationsheer gehört, hat am 24. Rom verlassen, um sich an die neapolitanische Grenze zu begeben.

[Die Grenzen Italiens.] Der „Trient. Ztg.“ wird aus Bologna vom 19. d. geschrieben: „Das amtliche Blatt der sardinischen Regierung in der Romagna, der „Monitore di Bologna“, hält es für nothwendig, im Hinblick auf die bald bevorstehende Lösung der venetianischen Frage die Grenzen genau zu bezeichnen, welche die „Natur, die Geschichte und die Gemeinschaftlichkeit der Interessen und der Sprache Italien anweisen.“ Zu diesem Zwecke druckt er eine Auseinandersetzung des Dr. Arrigone aus Udine ab, der die Grenzen Italiens so zieht, daß Malborghet, Plezzo, Tolmein, Canale, Görz, Triest, Ternova, Haidenschaft, Wippach, Prewald, Castelnovo, Feistritz, Lippa und Idria in dasselbe mit einbegriffen sind.“

Rom, 20. April. [Verurtheilungen; der Papst.] Man schreibt der „Opinione Nazionale“: „So eben sind zwei Studenten der Universität zu Galeerenstrafe verurtheilt worden. Dieselben haben an dem Tage, wo die päpstlichen Demonstrationen stattfanden, ein Transparent zerrissen. Ihre Namen sind Del Frate und Aureli. Ihre Kameraden, welche darüber aufgebracht sind, haben gestern auf dem Universitätsgebäude die italienische Fahne aufgezogen. — Der Papst ist noch immer leidend und ertheilt Niemandem ein Audienz.“

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Wie man der „Allg. Ztg.“ aus Neapel vom 12. April berichtet, bestimmt ein Dekret des Kriegsministeriums, daß alle diejenigen Soldaten der aufgelösten Armee, welche außerhalb ihres heimathlichen Bezirks angetroffen werden, auch wenn sie nach den Gesetzen ihre Dienstpflicht bereits erfüllt haben, ohne Weiteres nach Sardinien expedirt und dort aufs Neue eingereiht werden sollen. — Ein von hier aus an Garibaldi gerichtetes Schreiben sagt, daß der vorübergehend in den Abruzzen unterdrückte Guerillakrieg wieder im lebhaftesten Gange, die Bevölkerung von Calabrien theils durch Hunger, theils durch das Wirken der Geistlichkeit im vollen Aufstande sei. — Der verhaftete Schweizer Kaufmann Berner befindet sich, wie der Schweizer „Bund“ vom 23. April meldet, noch immer in Verhaft. Der Kriminalgerichtshof zu Neapel, so wie der Staatsanwalt wollen die Instruktion gegen Herrn Berner nicht als unabhängig von derjenigen gegen das große reaktionäre Aprilkomplott, mit welchem die Volksmeinung das Waffendepot des Herrn Berner in Verbindung brachte, behandeln.

Die Zahl der Personen, welche in Neapel als Theilnehmer der Verschwörung verhaftet wurden, soll 666 betragen, von denen 466 als Offiziere oder Soldaten der früheren bourbonischen Armee angehören. Es war die Rede davon, die Soldaten nach Sardinien zu schicken. Der Herzog von Cajaniello ist mit 160 Mitangeklagten dem hohen Kriminalgerichtshof von Neapel überwiesen worden und der Präsident desselben, Tosano, leitet die Untersuchung.

Spanien.

Madrid, 24. April. [Die Annexion S. Domingo's.] Die „Correspondencia“ zeigt an, daß der Generaladjutant von Kuba am 26. März abgereist ist. Er überbringt die Bedingungen, unter welchen die Wiedereinverleibung von San Domingo mit Spanien stattfinden soll.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. April. [Die Ereignisse in Warschau.] Der „Pr. 3.“ wird von hier geschrieben: Die polnischen Ereignisse haben hier in allen Kreisen einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Derselbe macht sich aber in sehr verschiedener Art geltend. Der Hof und die ihm zunächst stehenden Kreise sind, wie man allgemein behauptet, weniger aufgebracht als betrübt darüber, daß die wohlwollenden und humanen Absichten des Kaisers von den Polen so schlecht belohnt wurden. In den Beamtenkreisen und dem Mittelstande ist die Indignation eine ungetheilte. Besonders groß ist die Aufregung unter den Militärs und den gewerbetreibenden Klassen. Die Einen sind über die Behandlung aufgebracht, die sie in Warschau und in Polen überhaupt schon seit Jahren zu erdulden hatten, die Andern haben darunter zu leiden, daß die ohnehin große Geschäftsstille durch solche unruhige Auftritte nur noch mehr ins Stocken gebracht wird. Wirklicher Sympathie begegnet man nur unter den einzelnen jugendlichen Burschenschaften, Studenten, jungen unselbständigen Kaufleuten u. s., welche die Polen aus eigener Anschauung und Erfahrung gar nicht kennen, endlich unter einigen überspannten Literaten, die ihre panslawistischen Schwärmereien in der Regel in den „Wjedomosti“ ablagern. Wenn irgend jemals, so beweist es jetzt die allgemeine Stimmung bei uns, daß der Panslavismus in dem Sinne, wie er in der Regel aufgefaßt wird, nichts als eine leere Nationaldoktrin ist, für die der eigentliche Russe auch nicht die geringsten Sympathien nährt, am wenigsten der gemeine Mann. Die praktischste Beurtheilung, welche die polnische Emigration erfährt, ist ohne Zweifel die der gewerbetreibenden Klassen. Ihre Verdammung ruht auf ganz materieller Grundlage, auf den merkantilen und finanziellen Störungen. — Im nichtamtlichen Theile des „Journal de St. Petersburg“ findet sich eine Erklärung über die letzten Ereignisse in Warschau, wodurch das Einschreiten der bewaffneten Macht gerechtfertigt und die Meinung zurückgewiesen wird, als könnten diese Ereignisse die wohlwollenden Absichten des Kaisers für das Königreich schwächen und die Ausführung der verheißenen Institutionen aufhalten; diese würden ihren gewissenhaften Fortgang nehmen und sollten eine Wahrheit werden; würden sie aber paralysirt, so würde die Verantwortlichkeit lediglich denen zur Last fallen, welche durch Gewaltthaten ihre Verwirklichung unmöglich machten, während die Regierung sich an die Eintracht, die Weisheit und die ersten Interessen des Landes gewendet habe. Die Versicherung wird wiederholt, daß jede thätigste Unordnung, unter welchem Vordruck und in welcher Form sie aufträte, mit unbeugsamer Festigkeit werde unterdrückt werden.

Petersburg, 27. April. [Telegr.] Beurlaubt ist der Bruder des Statthalters von Polen, General der Infanterie und Mitglied des Reichsraths Peter Dmitriewich Gortschakoff II. Gleichzeitig sind 57 andere Generale mit Pension verabschiedet worden. — Das heutige „Journal de St. Petersburg“ erklärt sich ermächtigt, die von auswärtigen Journalen gebrachte Nachricht von in Kiew stattgehabten Unruhestörungen kategorisch zu dementiren. Die Ordnung sei dalebst nirgend gestört worden und hätten sich diejenigen, welche der Leichenfeier beigewohnt, friedlich getrennt.

Warschau, 26. April. [General Zablocki; die Verwaltungsbeförden; kleine Demonstrationen u. s.] Wie der Oberpolizeimeister Trepoff, so ist auch Zablocki vom Generaladjutanten zum Generalleutnant avancirt mit dauerndem Dienste beim Kriegsministerium. — Der städtische Munizipalrath hat sich noch nicht rekonstituiert, oder in so stillem Geheimniß, daß Niemand davon etwas erfährt; der versprochene Erziehungsrath soll berufen sein, so sagt ein Gerücht; ein anderes behauptet das Gegentheil; der Staatsrath oder vielmehr das Projekt zum Staatsrath schläft; von den Wahlen zu den Kreis- und Guberniallandtagen hört man Nichts. Selbst in Bezug auf die Feier des 29. April, als des Geburtstages des Kaisers, herrscht bis heute Ungewißheit, und die eigenthümliche Demonstration des Zuhausebleibens war bereits allgemein auf den 29. verabredet. Heute nun erscheint in den Zeitungen die Bekanntmachung, daß diese, gewöhnlich mit großem Pomp begangene Feier wegen der griechischen Charwoche auf den 6. Mai verlegt ist, als auf den zweiten Osterfeiertag der griechischen Kirche. Der 3. Mai, als der Konstitutionstag, soll ebenfalls durch eine harmlose Demonstration ausgezeichnet werden. Die Damen sollen nämlich auf den einen Tag alle die dunkeln Kleider ablegen und in Festkleidern zahlreich auf den Straßen erscheinen. Zufällig fällt dieser Tag mit dem griechisch-katholischen Fastfreitage, einem Fast- und Trauertage, zusammen, und darum wird die gedachte Demonstration um so größeres Aufsehen erregen. — Das „Illustrirte Wochenblatt“ („Tygodnik ilustrowany“) erwähnt mehrerer Veränderungen in den Statuten der Seifensiederzunft, worunter auch die, daß statt der bisher ohne Ausnahme verabreichten Unterstützung an ausländische Gesellen, so lange sie im Königreich sich aufhalten, fortan nur in außerordentlichen Fällen eine solche Unterstützung gewährt werden soll. Der gesunde Ausländer aber möge sich Arbeit suchen, oder in seine Heimath zurückkehren, anstatt eine Last unserer auch sonst armen Gesellen zu sein. „Diejenigen“, fügt der „Tyg.“ hinzu, „welche von deutscher Abkunft in unserem Lande sich einbürgerten und vollständig mit uns verbunden sind, betrachten wir als Brüder, aber es ist schwierig, daß wir noch einen Fonds errichten sollten für diejenigen Zivilisatoren des Slaventhums, welche hungrig und schlecht bekleidet hierher kommen, um nachher uns unsern Barbarismus vorzuwerfen und vor der Welt sich ihres Wohlthätigen Einflusses auf uns zu rühmen, den sie in den Augen Europas sich zum höchsten Verdienst anrechnen.“ Also die Seifensiedergesellen sind nach dem „Tyg.“ die Verbreiter nicht bloß des Lichts, sondern auch der Zivilisation! Diese Solidarität zwischen dem hiesigen deutschen Handwerkerstande, zu welchem Deutschland nicht sein bestes Kontingent zu liefern pflegt, und dem allgemeinen Deutschthum ist leider hier zur Mode geworden, und es ist zu bedauern, daß unsere hiesige Literatur dieser Abneigung gegen Deutsche Nahrung giebt. Im Interesse unseres Landes dürfte diese Richtung nicht sein. (Br. 3.)

[Ueber die Warschauer Ereignisse] schreibt man der „Donauzeitung“ von der Weichsel: „Die jüngste Warschauer

Demonstration, die so unglücklich abgelaufen ist, war ein Versuch, wie weit man auf dem bisherigen Wege vorgehen könne, und ob es nicht gelinge, die Regierung einzuschüchtern. Man weiß jetzt, was man wissen wollte, die Situation ist vollkommen klar, aber die gewissenlosen Anführer der unglücklichen Scene haben ihre Kenntniss theuer erkauft. Jetzt blasen sie zum Rückzug. Das Volk soll sich bis auf Weiteres ruhig verhalten und jede Demonstration vermeiden, das ist jetzt die Parole. Man will die Ereignisse in Italien, in Ungarn und in der Türkei abwarten und dann handeln, mittlerweile aber die Bauern bearbeiten, damit der Aufstand sogleich einen allgemeinen Charakter annehme. Man giebt sich dabei der Hoffnung hin, auch die dem eigentlichen Polen zunächst liegenden russischen Provinzen mit hineinziehen zu können. Das ist im Wesentlichen der Plan der revolutionären Führer. Bei ihnen, so wie überhaupt unter dem Adel, spielt die zu erwartende französische Hilfe eine große Rolle, das gemeine Volk hofft dagegen auf die Ankunft Garibaldi's oder Louis Napoleons, welche auf den nächsten Sommer angekündigt ist. Wie überall, so sucht auch hier die Revolution die Unwissenheit ihrer Anhänger für ihre Zwecke auszunutzen. Von einem vollkommen unparteiischen Augenzeugen wird uns versichert, daß es von Seiten Derjenigen, welche die Massen leiteten, von vornherein darauf abgesehen war, einen Zusammenstoß mit den Truppen herbeizuführen. Die letzteren hatten lange Zeit die aufreizendsten Reden, welche zum Theil gegen den Kaiser gerichtet waren, Verhöhnungen aller Art und selbst Steinwürfe ertragen, ehe sie einschritten. Zuerst versuchten sie ohne Anwendung der Waffen das Volk nur zurückzudrängen, allein dies war durchaus unmöglich, weil die Hintenstehenden von den revolutionären Führern den Befehl hatten, nicht zu weichen. Man wollte dann die Truppen mit dem Bayonett vordringen lassen, allein sogleich öffneten sich die vorderen Volksreihen, um eine Anzahl Kinder vorzuschleichen, welche man, wie es scheint, zu diesem Zwecke in Bereitschaft gehalten hatte, so daß das Militär von selbst zurückwich. Mittlerweile fiel ein Hagel von Steinen auf dasselbe, welche die Unruhmacher aller Wahrscheinlichkeit nach aus andern Stadttheilen herbeigeschleppt hatten; aus einem Hause in der Nachbarschaft sollen auch Schüsse gethan worden sein. Erst dann wurde von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Charakteristisch für den ganzen Vorgang sind Aeußerungen, wie die folgende: „Das Blut der polnischen Märtyrer sei gut angewendet, denn es habe den Polen das Mitgefühl von Europa zugewendet.“ Wer kann da noch zweifeln, daß es von Anfang an (?) von den revolutionären Führern auf einen blutigen Konflikt abgesehen war?

— [Dementi.] Die Mittheilung der „Schl. Z.“, daß der Zivilgouverneur von Sumatra, Baron Ferlen, in Folge gegen ihn als „mißliebigen Beamten“ stattgehabter „Manifestationen“ seinen Abschied genommen habe, ist falsch. Es haben weder in genannter Stadt, noch irgendwo im ganzen Gouvernement, gegen irgend Jemand irgend welche Manifestationen stattgefunden, am allerwenigsten gegen die Person des Gouverneurs. Derselbe ist nach wie vor auf seinem Posten, und wie wir ihn kennen, schreibt man der „Schl. Z.“ aus Sumatra, sieht es ihm wenig ähnlich, daß er diesen, selbst wenn Privatrücksichten ihm einen solchen Wunsch nahe legen sollten, verlassen würde, so lange die Stellung seiner Regierung im Lande eine schwierige ist.

A f i e n .

Singapore, 22. März. [Gesandtschaft nach Frankreich.] Der König von Siam hat beschlossen, eine Gesandtschaft nach Frankreich zu schicken; der Dampfer „Zenobia“ ging nach Bangkok, um dieselbe nach Suez zu bringen. Batavia, 16. März. [Kalamitäten.] In Java verloren mehr als 2000 Menschen durch Ueberschwemmungen ihr Leben. Die Fluthen sind aber bereits im Abnehmen und die Bevölkerung fängt nach und nach an, sich von den Folgen der schrecklichen Naturereignisse zu erholen. — Auf und um Sumatra haben heftige Erd- und Seebeben stattgefunden.

Singapore, 5. März. [Das preussische Geschwader.] Am 10. Februar erreichte das preussische Geschwader die Handienens-Strasse, am 11. ward dieselbe passiert. Das Wetter war hell, und die Bai von Ragosima mit ihren schönen Gebirgen, die verschiedenen kleineren Inseln, darunter Java-Sima mit seinem thätigen Vulkan, in voller Sicht. Am 18. lief das Geschwader in den schönen Hafen von Rangasati ein, wo die Flagge durch die russische Fregatte „Swellana“, die nebst drei oder vier anderen kleineren Kriegsschiffen derselben Nation dort lag, mit 19 Kanonen salutirt ward. Wir blieben bis zum 24. daselbst, und das schöne Wetter begünstigte die Arbeiten der Gelehrten, Künstler und Photographen außerordentlich. Von letzteren Herren wurden in der kurzen Zeit 95 Platten genommen, darunter drei große Panoramen der Stadt und des Hafens. Als das Geschwader Rangasati verließ, fanden die Russen noch ein Abschiedsalut nach. Am 20. verbreitete sich das Gerücht, es sei in der Bai von Jeddo ein kleines fremdes Kriegsschiff überfallen, 8 Mann getödtet und 30 verwundet worden. Briefe aus Kanagawa vom 16. Februar, hier angelangt, erwähnen nichts davon. Da keine Schiffe von Kanagawa in Rangasati eingetroffen, überhand aber eine Nachricht nicht in vier Tagen anlangen kann, so halte ich jenes Gerücht für unwahr. Am 28. erreichten wir die Mündung des Yangtse-kiang. Durch die Ungeschicklichkeit des Boosens gerieth die „Arcona“ auf eine Sandbank, kam jedoch am nächsten Tage wieder los. Die englischen Kanonenboote Nr. 74 und 92, die englische Fregatte „Chesapeake“ und ein französisches Kanonenboot leisteten auf die kameradschaftliche Weise hilfreiche Dienste. Am 3. März langte die Mail an mit der Nachricht vom Tode Sr. Maj. des Königs. „Arcona“ feuerte am demselben Abend ein Trauersalut von 61 Kanonenschüssen, in Minutenintervallen, während dessen die Aaen gekreuzt, die Flagge halb Mast war. Die fremden Kriegsschiffe kreuzten die Aaen gleichfalls. Dann ward das Huldigungsalut von 61 Kanonen gegeben, so schnell die Geschütze feuern konnten, und die Mannschaft schwor von Neuem. Die „Thetis“ that dasselbe am nächsten Morgen um 8 Uhr, da die Nachricht erst spät am Abend dahin gelangt war. Das Transportschiff „Elbe“ thut es heute. (R. 3.)

Singapore, 6. März. [Die englische Expedition; die Rebellen.] Der englische Admiral ist am 20. Februar in Nanking angekommen, wurde von den Rebellen freundlich empfangen und erhielt die Versicherung, daß Schiffe unter englischer Flagge unbelästigt den Fluß befahren dürfen. — Kiating, an der Mündung des Poyang-See, wurde von den Rebellen genommen, die Einnahme von Hantow wird stündlich erwartet. — Bruce geht Ende März nach Peking.

A m e r i k a .

Newport, 10. April. [Rüstungen.] Es scheint sich zu bestätigen, daß ein Theil der hier ausgerüsteten Expedition nach Texas bestimmt ist, um General Houston zu unterstützen. Nach dem „Newport-Herald“ soll dazu die hier gesammelte reitende Artillerie und Kavallerie, so wie eine Abtheilung Ingenieurtruppen verwendet werden, während ein Theil der Schiffe Verstärkungen für die Garnisonen in Fort Pickens und den anderen Militärposten an der Golfküste überbringen soll. Im Ganzen hat bis jetzt die Regierung acht Dampfschiffe als Transportschiffe gechartert, von denen der „Illinois“ und „Baltic“ gestern unter Eskorte des „Powhatan“ und der „Harriet Lane“ nach dem mexikanischen Meerbusen abgegangen sind. Außerdem ist Befehl gegeben, noch zwei Dampfschiffe als Transportschiffe auszurüsten und vier schwere Korvetten sofort in den Dienst zu stellen. — Der Gouverneur von Pennsylvania

hat der Legislatur des Staats eine Botschaft zugehen lassen, in welcher er die Organisation der Miliz und andere militärische Maßregeln empfiehlt und mittheilt, daß er ein Schreiben des Präsidenten Lincoln erhalten habe, demgemäß man davon benachrichtigt worden ist, daß ein bewaffneter Angriff auf Washington unternommen werden solle. Die Botschaft wurde an einen Spezialauschuß gewiesen. — Von Montgomery wird vom 9. d. gemeldet, daß der Präsident Jefferson Davis von dem Gouverneur von Alabama 3000 Mann Truppen requirirt habe. Truppen passiren in großer Anzahl durch Montgomery auf dem Marsch nach Pensacola; von Mississippi sind 1800 Mann, von Georgia vier Kompagnien dahin unterwegs. — Eine Depesche aus Pensacola meldet, es sei Befehl gegeben, wenn möglich, auf der Insel Santa Rosa Batterien aufzuwerfen, um deren Besetzung von Seiten der Südruppen zu verhindern.

Washington, 12. April. [Neueste Nachrichten.] Das Reuter'sche Bureau meldet: Die Kommissare des Südens hatten die Bundeshauptstadt verlassen, ohne von dem Präsidenten Lincoln empfangen worden zu sein. — Die Konvention des Territoriums Arizona hatte sich für das Ausscheiden aus der Union erklärt. — Die Miliz von Washington war einberufen worden. (S. ob. Tel.) — Ein spanisches Geschwader, mit 3000 Mann und mit Kriegsmaterial an Bord, war von Kuba nach San Domingo abgesegelt. — Der südliche Kongreß war zu einer außerordentlichen Session einberufen worden.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 27. April. [20. Sitzung.] Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wird zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, dem Kommissionsbericht über den, die Regulierung der gutsherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern und Rügen betreffenden Gesetzentwurf, übergegangen. Der Antrag der Kommission, den Entwurf an den Provinziallandtag zu überweisen, wird mit großer Majorität angenommen, und das Haus wendet sich dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung zu, dem Entwurf, die Eide der Juden betr. Der Berichterstatter Dr. v. Zander giebt einen geschichtlichen Nachweis über die zunehmende Wilderung in der Form der Judenrede, wiederholt sodann im Wesentlichen den Inhalt des Berichts und schließt mit Empfehlung der Kommissionsanträge 1) prinzipieller dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu verlagern; 2) event. dem Entwurf, wie er aus den Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten hervorgegangen, die Zustimmung zu ertheilen, jedoch dem Entwurf 3) folgenden Zusatz als §. 3 hinzuzufügen: Die Vorschrift in §. 369 Tit. 10 Th. I. der Allgemeinen Gerichtsordnung findet hinfür auch bei Eidesleistungen der Juden statt. — Hr. Kummel spricht sich gegen die Kommissionsanträge aus und glaubt, daß wenige Beizer des Berichts zu dem Beschlusse der Kommission gelangen und namentlich auch das Bedürfnis nicht anerkennen würden, die vorliegende Frage an die Regierung zu weiterem Bedenken zurückzuweisen. Er sei überzeugt, daß alle Umstände, welche in der Entscheidung der vorliegenden Frage konkurrierten, dazu auffordern, die Vorlage anzunehmen. — Graf Hoyerden. Der echte Jude sei, seiner vielen lästigen Cerimonialgesetze wegen, die er streng beobachte, nur um so mehr zu achten. Als Fremdlinge seien sie ins Land gekommen und hätten Aufnahme gefunden; das volle Staatsbürgerrecht aber müsse erworben und dürfe nicht gefordert werden. Sowohl der Kommissionsbericht, so wie auch der betreffende stenographische Auszug des Abgeordnetenhauses legen Zeugnis für die Grundsichtigkeit ab, mit der man in die Verabreichung über den Gegenstand eingegangen sei. Sollte man daran fest, dann werde man gerade im Interesse der Juden die Vorlage abweisen müssen, um die Juden nicht zur Entweichung des Sabbaths und zu leichtsinnigem Verhalten in religiöser Angelegenheit zu verleiten. Für Juden ohne Religion werde kein Eid bindend sein, und sei daher die Vorlage, da man ein Bedürfnis dazu nicht nachzuweisen vermöge, einfach abzulehnen. — Der Vorsitzende v. Bernuth: Ich glaube die Debatte auf den Standpunkt zurückführen zu müssen, der überhaupt für die Frage nur zulässig ist. Der Minister giebt speziellen Nachweis über den allmählichen Uebergang von dem älteren Cerimoniale bei den Judenenden bis zu dem neueren und verliest dann mehrere Stellen von Moses Mündelsohn, nach welchen es nicht nur zulässig, sondern sogar wünschenswert sei, jene Eidesformen recht bald zu vereinfachen. Seit der Zeit dieser Urtheile sind 80 Jahre verflossen und ich konstatire mit Rücksicht auf jene und auf die Entwicklung seit jener Zeit, daß, wenn ich namentlich auf die 537 zur Frage eingegangenen Petitionen erinnere, die Vorlage in der That ein zeitiges Bedürfnis befriedigt. Es sei überhaupt nicht als etwas absolut Neues zu bezeichnen, was die Vorlage wolle, denn schon vielerwärts habe man dem Judentum eine so einfache Form gegeben. Er (der Redner) könne daher vom Standpunkte der Regierung nur empfehlen, dem Entwurfe zuzustimmen, um einen abgeschlossenen Gegenstand, wie die vorliegende Frage es sei, endlich zur Erledigung zu bringen. — Herr Bloemer spricht für, Herr v. Habenau gegen den Entwurf, beide, ohne neue Gründe beizubringen, es sei denn des letzteren Bemerkung, daß der Jude, der bisher zu Adonai geschworen, nicht in Zukunft mit den Christen zu Gott dem Allmächtigen schwören könne, zu dem Gott, aus welchem Christus, der Heiland, hervorgegangen sei. — Graf v. Rittberg ist, unter zunehmender Unruhe im Hause, bemüht, die für die Ablehnung der Vorlage beigebrachten Gründe zu widerlegen, und führt besonders an, daß unsere Prozeßordnung zu einer deutschen Prozeßordnung führen solle, und daß dazu es sich wohl als dringend empfehle, dem Gesetzentwurf nach dem eventuellen Antrage zuzustimmen. — Der nun beantragte Schluß der allgemeinen Diskussion über den Entwurf und §. 1 wird angenommen und darauf in namentlicher Abstimmung mit 74 gegen 35 Stimmen §. 1 der Vorlage verworfen, worauf der Justizminister den Präsidenten ersucht, fernere Diskussion über den Entwurf bis auf Weiteres zu verlagern. Dies erfolgt und wird dann zum dritten Gegenstande der Tagesordnung, einem Kommissionsbericht über die in Ehesachen eingegangenen Petitionen, übergegangen, indem ohne jede Diskussion die Petitionen nach dem Beschlusse des Hauses über den das Eherecht betreffenden Gesetzentwurf als erledigt vom Hause erklärt werden. Nächste Sitzung Dienstag.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 27. April. [41. Sitzung.] Der Entwurf, die Kompetenz der Oberbergämter betr., wird nach längerer Diskussion mit einigen Abänderungen der Regierungsvorlage, den Anträgen der Kommission gemäß, angenommen. Das Haus geht alsdann zum Bericht über die Anträge der Abgg. Behrend und Carlowitz, betreffend den Erlaß eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit, über. Referent Dr. Gneist. Ein Antrag des Abg. Behrend verlangt die Zurückweisung in die Kommission; der Abg. Reichenberger (Köln) schlägt eine motivirte Tagesordnung vor. — Abg. Behrend (Danzig) nimmt zuerst das Wort; er bittet, man möge nicht verurtheilen, ohne gehört zu haben. Neues oder besonders Interessantes habe er nicht zu sagen. Die Anträge, die hier gemacht sind, sind rein konstitutioneller Natur, und im Jahre 1851 habe der Präsident eine Interpellation über diesen Gegenstand an das Ministerium gerichtet, später habe Wenzel einen von dem Redner nur reproduzirten Entwurf ausgearbeitet und in jeder Session, habe dieser hochverehrte Mann gemeint, müsse die Ausführung des Art. 61 der Verfassung in Erinnerung gebracht werden. Damals sei der Antrag Wenzels von Männern wie Harfort, Braehmer, Rühne und Patow unterstützt worden. Er habe nicht verstanden, was das heißen solle, die Garantie gegen Verfassungs- und Gesetzesverletzungen der Minister liege in dem Gewissen der Minister. Der Kommissionsantrag hat nach der Erklärung der Regierung in der Kommission keinen Gegenstand mehr. Wir legen einen großen Werth auf das Recht der Initiative, seitdem Seitens des Ministeriums ein gewisses Widerstreben gegen diese Initiative des Hauses sich kundgegeben. Gerade die zarte Materie, um die es sich hier handelt, verlange die Initiative des Hauses. Man könne nicht verlangen, daß das Ministerium selbst die Steine zum Bause zusammentrage, der seinem Wirken bestimmte Grenzen ziehen soll. Auch die angeblichen Schwierigkeiten können nicht in Betracht kommen, und er bittet, den Entwurf der Kommission zur Prüfung anzunehmen. — Abg. v. Rolenberg-Epinski hat nur die Absicht, sein Votum für den Kommissionsantrag zu motiviren. Unberechtigt sind die materiellen Bedenken gegen den Antrag, unberechtigt die Behauptung, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz verlege das Ansehen der Krone. Dies Gesetz wird im Gegentheil des monarchischen Prinzips, der Krone Schutz und Trug sein, die Krone vor äußerlichen schädlichen Einflüssen schützen. Ein solches Argument ist abzuweisen; nicht Einer im Hause will das monarchische

Prinzip verlegen. So lange der Art. 61 besteht, muß man auf seine Ausführung dringen; will man kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, so soll man die Aenderung des Art. 61 beantragen. Man behauptet immer seine Verfassungstreue, und fordert man einmal etwas, das in der Verfassung steht, dann heißt es: das geht nicht, das verlegt das monarchische Prinzip. Nicht der Schlüsselstein, sondern das Dach der Verfassung bildet das Gesetz. Mögen Sie die Verfassung unter Dach bringen. — Abg. Wagener (Regenwalde) erkennt mit seinen Freunden an, daß die Alternative gegeben ist, den Art. 61 aufzugeben oder auszuführen, und daran denken er und seine Freunde und haben immer daran gedacht; der Art. 61 ist schädlich und gefährlich und nicht ausführbar. Der Bericht sei eine schöne Blumenlese von Ansichten (der Redner nennt die einzelnen Blumen, es sind ihrer bekanntlich viele), die Erklärung der Regierung in der Kommission sei sehr auf Schrauben gestellt, und der Wechsel des Justizministers kann unmöglich auf die Einbringung dieses Gesetzes hemmend einwirken haben. Da muß es etwas anders liegen; die Sachen sehen sich von den Bänken der Opposition anders an, als von den Ministerbänken aus. Wir wünschen eine nach oben und unten erträgliche Ministerverantwortlichkeit; es ist sehr zweifelhaft, ob das gestern berathene Gesetz nicht auf die Minister auch seine Anwendung finden könnte. Das Bedürfnis der Regulierung der Frage ist begründet, aber die Regulierung ist nur möglich in Verbindung mit der Verantwortlichkeit der Justizbeamten. Der Art. 106 der Verfassung muß auch aufgehoben werden, und will man immer englische Zustände auf unsere übertragen, so nehme man auch von den englischen Zuständen an, was erträglich ist. Die Ministerverantwortlichkeit der Minister ist unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Krone; der König ist der Herr des Ministers und nicht die Bundesvertretung. Eine Anklage von Ministern sei selten, meint man; also sei die Einführung dieser Institutionen unverfänglich. Das ist falsch, darin liegt nicht der Schwerpunkt, sondern darin, daß der Schwerpunkt von der Krone nach der Landesvertretung gelegt wird. In England ist die Anklagestellung der Minister nicht auf eine Verfassungsverletzung beschränkt, sondern sie tritt ein, wenn ein Vergehen vorliegt, wegen dessen jeder andere auch bestraft wird, und so ist es auch in Amerika. Das Gesetz ist nicht der Schlüsselstein der Verfassung, sondern der Schlüsselstein ihres Systems; unser Schlüsselstein ist das Königthum. Heute, wo die Wollen immer dichter werden, wo das alte Europa in allen Augen tracht, ist die höchste Konzentration der Gewalt nothwendig. Die Anträge haben den sehr pikanten Beigeschmack eines Mischrausensystems gegen das Ministerium. Dem Gesetzentwurf Behrend ist der Vorzug zu geben; der Minister v. Mantaufler war viel verfassungstreuer als das jetzige Ministerium; er hat damals einen solchen Entwurf vorgelegt, der freilich von der damaligen Ersten Kammer abgelehnt wurde. Der Antrag Carlowitz ist nicht warm, nicht kalt.

Abg. Dr. Beseler: Je nach dem praktischen Beurtheilen der Lage muß man die Frage einrichten. Art. 43: Die Person des Königs ist unverletzlich. Art. 44: Die Minister des Königs sind verantwortlich. In diesen Worten liegt der Kern der Frage; die Klust ist herauszuwählen, sie muß ausgefüllt werden. Die deutschen Landesherren haben in früheren Zeiten vor Gericht gestanden, heute ist die Unverletzlichkeits der Krone durch die Verantwortlichkeit der Minister möglich gemacht worden. Diese Institution wäre aber eine Nullion, wenn sie nicht rechtlich geregelt werde, und deshalb ist der Art. 61 der Verfassung schwer ist die Frage zu lösen, aber das darf von der Lösung nicht abhalten. Der Begriff der Verfassungsverletzung ist leicht durch den Begriff von einem Verbrechen zu präzisiren. Bei der Stellung der Staatsminister kommen aber ganz andere Verhältnisse in Betracht als bei anderen Staatsbeamten, das Verbrechen der Verfassungsverletzung muß aber seine entsprechende Strafe haben. Den Ausführungen des Referenten kann man nicht überall beistimmen. Die Verantwortlichkeit auf die Verfassungsverletzung beschränken oder auf jede Gesetzesverletzung ausdehnen, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, nichts weiter. Absolutismus kommen die jenen Deduktionen alle zurück, welche von Verletzungen des monarchischen Prinzips u. s. w. sprechen. Wer wird denn einen Minister wegen eines ungeheftig abgeschlossenen Vertrags u. s. w. verantwortlich machen wollen? Es handelt sich hier um das Verbrechen der Verfassungsverletzung, und was eine solche Verletzung sei, darüber herrsche im Volke kein Zweifel. Wollen Sie eine volle Freiheit im besten Sinne des Wortes, dann müssen Sie verantwortliche Minister haben, die die Allhöchste Person deden mit ihrer Verantwortlichkeit. (Bravo.) Der treue Gehorsam ist nicht, daß der Minister gehorcht, was man ihm befiehlt; der treue Gehorsam besteht darin, daß er sich identifizirt mit dem Willen des Landes der höchsten Gewalt. — Abg. v. Preußen einen Mann, der ein verfassungswidriges Gesetz in Ausführung zu bringen versuchte, dann werde ich sicherlich das Gesetz erteilen. Die Verfassung muß erfüllt werden. — Abg. Reichenberger (Köln) erläutert die Gründe, warum er eine motivirte Tagesordnung eingebracht. (Der Redner ist faul verständlich bei der Unruhe im Hause, das eine Vertagung der Debatte lieber gesehen hätte.) Abtrünnige sind er und seine Freunde nicht, indem sie diesen Antrag stellen; der Vorwurf ist ungerecht und gebührt eher den Herren rechts, jedenfalls sei Hr. Behrend zu danken, daß er sich nicht für Reaktionen mit rückwärtiger Kraft erklärt habe. Die Ministerverantwortlichkeit ist nicht etwas ein neuer Begriff, er ist uralt; der Absolutismus ist neu, die Freiheit ist alt. Hier handelt es sich nur um die Opportunität der Frage. Erklärt man die Gelegenheit für eine fällige Ehrenpflicht, so klingt es komisch, daran eine bestimmte Zeit zu knüpfen, wo diese Schuld erst bezahlt werden soll. Wie sehr Opportunitätsrücksichten, Anschauungen wechseln, das kann man jeden Tag sehen; solche Wechsel dürfe man nicht weiter traktiren. Es giebt immer Schlagwörter, die man in Anwendung wird bringen können, und die mehr werten, als der gemüthliche konstitutionelle Witz. Man müsse sehr vorsichtig sein, wenn es sich darum handelt, die Macht der Krone nach Außen und nach Innen zu modifiziren. Wenn aber auch ganze politische Windstille herrichte, so müßte man doch bedenken, daß aus den jetzigen Verathungen ein genügendes Resultat nicht zu erwarten ist. Der fleißigste und schreibeligste Professor der Nationalversammlung, Mittermayer, hat ein zwei Finger dickes Promemoria über die Ministerverantwortlichkeit geschrieben und das Gesetz ist doch damals ad acta gelegt worden. Und in den Ländern, wo verantwortliche Minister sind, geht es nicht besser her, als bei uns; ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist eine Art Staatsstreik. (Der Redner kann nur noch mit Mühe die Ungeheul des Hauses bekämpfen, und die Klingel ertönt häufiger und häufiger.) — Der Regierungskommissar, Justizrath Friedberg, wiederholt die bereits in der Kommission abgegebene Erklärung auf die Gefahr hin, daß sie von Hr. Wagener ungenügend befunden werde. Die Regierung hofft, schon in der nächsten Session das Gesetz vorlegen zu können. — Die Debatte wird vertagt. — Nächste Sitzung Montag.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. April. [Die nächste Stadtverordneten-Sitzung], in welcher neben anderen Vorlagen (s. d. Inserat) auch das Einkommensteuerregulativ zur Verhandlung kommen soll, ist auf übermorgen, Mittwoch d. 1. Mai, Nachmittags 3 Uhr anberaumt.

— [Sperr-Aufhebung.] Die Tollwuth unter dem Rindvieh in Ostrowo (Kr. Noworadlau) ist getilgt und die Sperr dieses Orts und seiner Feldmark aufgehoben.

Köln, 27. April. [Noththätigkeit; Verkehrsverhältnisse; Landwirtschaftliches.] Der strenge Winter hatte unter der armen Bevölkerung unserer Nachbarstadt Gzempi in manche Nothwehen zurückgelassen, die um so fühlbarer wurden, als es an hinreichender Gelegenheit zum Verdienst mangelte. Durch Vermittelung des Bürgermeisters W. wurden den Bedürftigen von den umliegenden Gutsherrschaften reichliche Liebesgaben, bestehend in Holz, Kartoffeln, Getreide, Brot, baarem Gelde u. s. w. verabreicht, was gewiß volle Anerkennung verdient. — Trotz des benöthigten politischen Fortschritts ist der Verkehr hier ununterbrochen lebhaft gewesen. Der Umsatz bedeutender Getreidevorräthe, die Abfertigung ansehnlicher Lieferungen, die lebhafteste Nachfrage und die günstigen Gebote für die zu erwartende Woche befehlten das. Unter den einzelnen Zweigen des Verkehrs ist auch der Handel mit Schwarzvieh besonders hervorzuheben. Auf den Markorten wird das Vieh schnell verkauft; auswärtige Händler bereisen die ländlichen Drtschaften und kaufen viel auf. Die Schweinezeit, eine Hauptbeschäftigung unserer Landleute, gewährt den Bewohnern, namentlich bei so günstigen Verhältnissen, große Vortheile. Daß mancher kleine Landwirth jährlich dafür bis 200 Thlr. einnimmt, ist nicht auffallend. — Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist die Aufmerksamkeit, welche man der Hopfenkultur zuwendet, hervorzuheben. Kleinere und an manchen Orten auch umfangreiche Hopfenplantagen sind in diesem Frühjahr neu angelegt worden; andere mußten unterbleiben, weil nirgend die Erträge (Recher) mehr zu bekommen waren. In unserer Gegend, die an Waldungen, namentlich an Nadelholz, arm ist, wird die Anpflanzung der Hopfenstangen zu einer kostspieligen Frage. Bekanntlich hält man den Hopfen unserer Provinz für mindestens (Fortsetzung in der Beilage.)

ebenfalls ergiebig und sein als den bayerischen und böhmischen. Eine besondere Eigenschaft dieses heimathlichen Produktes ist, daß das damit zubereitete Bier bald verdaulich ist und sich dennoch gut hält, während Biere, zu deren Produktion andere Hopfen gebraucht werden, längere Zeit auf Lager gehalten werden müssen, bevor sie versendet werden können. Unterhändler bieten für den Centner des in diesem Jahre zu gewinnenden Hopfens bis 90 Thlr. Mehrere Verkäufe sind schon abgeschlossen. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Deliaaten in Folge der kalten Witterung gelitten haben. Ob auch die noch nicht ausgebildete Blüthe gelitten, muß sich bald zeigen. Die Nachfrage nach den Meisten der vorjährigen Ernte ist lebhaft. Ein hiesiger Kaufmann hat seinen geringen Vorrath von etwa 3000 Scheffeln zu hohen Preisen verkauft.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 27. April. Kahn Nr. 7247, Schiffer Johann Feilcke, und Kahn Nr. 8934, Schiffer August Michaelis, beide von Berlin nach Posen, und Kahn Nr. 350, Schiffer Julius Derlebach, von Berlin nach Obornik, alle drei mit Salz; Kahn Nr. 4911, Schiffer Johann Berndt, von Stettin nach Posen mit Dachziegeln.

Am 28. April. Kahn Nr. 229, Schiffer Erdmann Krahn, Kahn Nr. 224, Schiffer Friedr. Wihl. Schiller, Kahn Nr. 207, Schiffer Johann Loeb, und Kahn Nr. 690, Schiffer Karl Loeb, alle vier von Stettin nach Posen mit Eisenbahnschwellen. — Holzflößen: 8 Tristen Rundholz und 1 Triste Eisenbahnschwellen, Auflast Eisenbahnschwellen, von Konin nach Glogau; 10 Tristen Rundholz, 9 Tristen Kiefernholz und 1 Triste Eisenbahnschwellen, Auflast Eisenbahnschwellen, von Proznawo in Polen nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Am 28. April 1861.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rechtsanwalt Badt aus Eissa, die Gutsbesitzer Körner aus Stolzehn, Seifke aus Bialozyn und v. Kozłowski aus Barygowo.

BAZAR. Buchhändler Puthalke aus Pleschen, die Gutsbesitzer v. Potocki aus Bendlewo, v. Kozłowski aus Carbinowo und v. Kadoński aus Dalezsyn.

SCHWARZER ADLER. Lehrer Gzelusinski aus Trzemeszno, die Kaufleute Müller aus Frankfurt und Grimm aus Glogau.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Berndt aus Stettin, Justizrath Fischer aus Birnbaum, Kreisrichter Klemm aus Mejeritz, Feldwebel im 2. Brandenburgischen Infanterie-Regiment (Nr. 12) Köhrich aus Schrimm, Kaufmann Niemann aus Pyrmont, Garten-Inspektor Teichert aus Czerniewo, königlicher Oberamtmann Kersten aus Dölitz, die Rittergutsbesitzer Buchholz aus Döberphal und Zouanne aus Puslowo.

EICHBORN'S HOTEL. Händler Kurz aus Ewinemünde und Handelsmann Schulz aus Sagan.

DREI LILIE. Die Leinwandhändler Gebrüder Haacke aus Waldenburg und Distriktskommissaris Reich aus Hyczynow.

Dom 29. April.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Mägnier aus Breslau, Sasse aus Berlin und Schmidt aus Magdeburg, Professor Dr. Semisch aus Breslau, Steuerrath Schmidt nebst Frau aus Bromberg, Affekanz-Inspektor v. Braunschweig aus Magdeburg, die Gutsbesitzer Scheding und Walter aus Ratel.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Generalleutnant a. D. v. Strang aus Berlin, die Gutsb. Graf Potworowski aus Deutsch-Presse, v. Penderbrand u. d. Kasa aus Drezko, v. Lubinski aus Burnowo, v. Przeciżewski aus Polen, v. Poncet aus Alt-Tomysl und v. Dppeln aus Salsch, Doktor Rehfeld aus Grätz, die Kaufleute Jpylinski aus Leipzig, Dentschel aus Breslau, Cohn aus Berlin und Kemp aus Inowracław.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Kowalewski aus Wylocza, Zauer-nick aus Strzegi, v. Zeromski jun. aus Grodziszko und v. Starzyński aus Ghełowo, die Rittergutsb. Frauen v. Zatzewski aus Wyczyn, v. Zatzewski aus Baranowo, v. Zatzewski aus Osiel, v. Pomorska aus Grabianowo und v. Wilszyska aus Mysłow, die Gutsbesitzer Kun-nath aus Kiewierz und v. Trampczyński aus Wielaw, fürstl. Domänen-Direktor Molinet aus Reissen, Lieutenant Zauer-nick aus Strzegi, Kalkulator Preuß aus Eissa, Oberamtmann v. Schimmelpfennig aus Grätz und Wegebaumeister Sauer aus Frankfurt a. D.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Schloß aus Breslau und Zimmermann aus Berlin, Oberförster Fischer aus Samita, Schulvorsteher Feig aus Zitz und Gutsb. Waligowski aus Rosławowo.

SCHWARZER ADLER. Inspektor Minzowski aus Katalice, Wirthsch. Cleve Weiß aus Panienka, Probst Trepiński aus Staw, Erzieherin Fräulein Wahlert aus Gzelino, Stadtrath Wadernann aus Rogasen und Gutsbesitzer Bagrowicki aus Szczytnik.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Hager aus Mainz und Bauer aus Gnesen, Rechtsanwalt Reymann aus Trzemeszno und Gutsb. Klein aus Schwabowo.

DREI LILIE. Maurermeister Neumann aus Breschen und Kammerer Wiczowski aus Grätz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen am 1. Mai 1861 Nachmittags 3 Uhr.

Gegenstände der Verhandlung: 1) Notatenantwortung über die Rechnung des Rumfort'schen Suppensonds pro 1855 und Entlastung dieser Rechnungen pro 1856, 1857 und 1858. 2) Einkommensteuer-Regulative betr. 3) Einführung einer homöopathischen Station in den städtischen Krankenanstalten. 4) Erlaß einer Verordnung wegen Verkaufs des Wehls, statt nach Maas, nach Gewicht. 5) Verpachtung der Aderparzelle neben dem Kirchhofe auf St. Martin und der Keller-räume unter der Pandleihanstalt und der Sociankawiese. 6) Verbrauch von Konsumtibilien in den städtischen Anstalten. 7) Gewerbekonzessionen. 8) Persönliche Angelegenheiten. Posen, den 27. April 1861. Tschuschke.

Bekanntmachung. Die Inhaber Großherzog. Posenener Pfandbriefe werden hiermit in Kenntniß gesetzt, daß die Verlosung der pro Weihnachten 1861 zum Tilgungsfonds erforderlichen 3/4 prozentigen Pfandbriefe am 4. Juni 1861 früh 9 Uhr in unserem Sitzungs-Saale stattfinden und die Liste der gezogenen Pfandbriefe an dem gedachten Tage in unserem Geschäftslokal und am folgenden Tage nach der Ziehung an den Börsen in Berlin und Breslau ausgehängt sein wird. Posen, den 22. April 1861.

General-Landschafts-Direktion. Bekanntmachung. Das diesjährige Erbschafts-Geld in der Stadt Posen wird im öffentlichen Lokal, Friedrichs-Platz Nr. 28, täglich von 7 bis 11 Uhr Vormittags stattfinden, und zwar:

am 1. Mai das I. Postleirevier,
2. II. „
3. III. „
4. IV. „
5. V. „
6. VI. „
7. VII. „

Zur Musterung haben sich zu stellen:
1) Alle, die im Jahre 1861 ihr 20. Lebensjahr erreichen, also im Jahre 1841 geboren sind,
2) Alle älteren Militärpflichtigen im 21. bis 25. Lebensjahre, also die in den Jahren 1840, 1839, 1838, 1837 und 1836 Geborenen,
a) die zum Dienst im Heere für brauchbar erachtet, aber noch nicht eingestellt sind,
b) die als zeitig unbrauchbar zurückgestellt sind.

3) Alle bei früheren Musterungen aus irgend einem Grunde Uebergegangenen ohne Unterschied, ob sie in Posen geboren und anständig sind oder sich nur vorübergehend hier aufhalten.

Frei von der Bestellung ist:
1) wer die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst nachgesucht und erhalten hat,
2) wer früher von der Departements-Erbschaftskommission endgültig ausgemustert oder zur Erbschaftsbesteuerung bestimmt ist.

Älteste und Ausweise über frühere Bestellungen sind zur Musterung mitzubringen und vorzulegen.

Diejenigen Heerespflichtigen, welche zur Bestellung verpflichtet sind, die Meldung zur Stammtafel aber noch nicht bewirkt, haben diese bis zum 15. d. M. nachzuholen und beim Polizeikommissarius des Reviers, in welchem sie wohnen, sich persönlich einzufinden.

Klammern: Heerespflichtige, welche wegen häuslicher Verhältnisse oder aus andern Gründen Befreiung vom Militärdienst beantragen, haben dies bei dem Polizeikommissarius, bei dem sie zur Stammtafel angemeldet sind, rechtzeitig anzuzeigen, und die zur Rechtfertigung ihres Antrags nötigen Beweise beizubringen. Auf Vollstreckungen, die zu spät eingebracht oder unvollständig sind, kann nicht gerückelt werden.

Folgend der Nichtmeldung oder Nichtstellung: Heerespflichtige, welche die Meldung verabsäumen oder bei der Musterung fehlen, werden auf Grund der Regierungsverordnung vom 15. Dezember 1859 und des §. 163 der Militär-Erbschaftsinstruktion mit Geldbuße bis zu 10 Thlr. oder Gefängnis bis zu acht Tagen bestraft. Niemand kann sich mit dem Einwande schügen, daß er nicht vorgeladen oder daß der Musterungstermin ihm unbekannt geblieben sei.

Reserve- und Wehrmänner I. Aufgebots, welche in Posen wohnen, und für den Fall einer Mobilmachung wegen häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse Zurückstellung beantragen, haben ihre Gesuche, mit genauer Angabe der Gründe, bis zum 25. d. M. bei dem hiesigen Magistrat einzubringen, und sich am Tage der Musterung der Heerespflichtigen des Reviers, in dem auch sie wohnen, im oben genannten Musterungsfestlokal persönlich einzufinden. Spätere Gesuche bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 5. April 1861.
Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Der am 14. Juni c. zum nothwendigen Verkauf des dem Appollinar Wadegki gebührenden Vorwerks **Dysiek** anstehende Termin wird aufgehoben.

Trzemeszno, den 20. April 1861.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Albin v. Domanski gehörige Rittergut **Kozuszkowa-wola**, abgetheilt auf 26,505 Thlr. 28 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Bureau III. A. einzusehenden Taxe, soll am 31. Mai 1861 Vormittags 12 Uhr an ordentlichen Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Der dem Auktionsteilnehmer nach unbekannter Gläubiger, Gutsbesitzer **Eduard v. Ewinowski** aus **Kozuszkowa-wola** wird hiezu öffentlich vorgeladen.

Inowracław, den 22. Oktober 1860.

Königl. Kreisgericht I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu **Schroda**. Erste Abtheilung.

Das dem Gutsbesitzer **Friedr. Wilhelm Bandelow** gehörige Rittergut **Latalice**, landthaflich abgetheilt auf 33,022 Thlr. 3 Sgr. 3 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 13. November 1861, Vormittags 10 Uhr, an ordentlichen Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gerichte zu melden.

Die dem Auktionsteilnehmer nach unbekannter Gläubiger Hauptmann **Friedrich August Gregor Dolenga Kojerowski** und dessen Ehefrau **Henriette geb. Baroness v. Kottwitz** früher in **Dresden** werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Schroda, den 9. April 1861.

Königl. Kreisgericht I. Abtheilung.

Einem geehrten Publikum seiner israelitischen Glaubensgenossen erlaubt sich Unterzeichnete die ergebene Anzeige zu machen, daß er sich hier niedergelassen und die Absicht hat, hierorts neben Errichtung einer **Pensionsanstalt**, auch einen **gründlichen hebräischen und Religionsunterricht** an Knaben und Mädchen zu ertheilen, wie auch an Erbare im Lateinischen und Griechischen für höhere Bürgerkinder vorzubereiten und empfiehlt er sein Unternehmen zur geneigten Beachtung.

Dr. Aron Hirschfeld,
Klosterstraße Nr. 15.

Die Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft,
Grundkapital: Drei Millionen Thaler,

in 6000 Stück Aktien, wovon bis jetzt 3001 Stück emittirt sind, versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden zu festen Prämien. Nachschußzahlungen finden nicht statt. Die Entschädigungsbeträge werden spätestens binnen Monatsfrist nach Feststellung derselben voll ausgezahlt; für die prompte Erfüllung dieser Verpflichtung bürgt der bedeutende Geschäftsumfang und das Grundkapital der Gesellschaft.

Seit ihrem siebenjährigen Bestehen hat die Gesellschaft 238,496 Versicherungen abgeschlossen und 2,195,456 Thlr. Entschädigung gezahlt.

Die unterzeichneten Agenten nehmen Versicherungsanträge gern entgegen, und werden jede weitere Auskunft bereitwilligst ertheilen.

Schroda, den 27. April 1861.

C. Steinbach in Schroda, J. Henke in Pudewitz,
Agenten der Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft,
zugleich Agenten der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Gründlicher Privatunterricht wird in allen Unterrichtgegenständen, sowie auch in Musik erteilt. Näheres ist in der Expedition dieser Zeitung einzusehen.

Große Möbel-Auktion.

Mittwoch am 1. Mai c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im Saale von Budwigs Hotel am Kammerzeile: ein herrschaftliches Mobiliar,

bestehend aus Mahagoni-, Eichen-, Birken- und Eschen-Möbeln, als: Tische, Stühle, Sopha's, Fauteuils, Kleider-, Wasche- und Bücherstühle, Kommoden, Waschtische, Schreibtische, Bettstellen mit Matratzen, Spiegel, Schreibische, ein Klavier, Goldrahmenspiegel mit Konsolen und Marmorplatten, Lehnstuhl, Strohmühle, Marmortische 2c. 2c., gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, Königl. Auktionskommissarius.

Porzellanwaaren-Auktion.

Donnerstag am 2. Mai c. und die folgenden Tage werde ich im Saale von Busch's Hotel de Rome, Wilhelmstraße Nr. 1, für Rechnung eines auswärtigen Hauses eine Partie weißer und vergoldeter, auch bunt decorirter Porzellane,

als: Kaffee- und Theegefäße, Frucht-schalen, Aukenteller, Aukenschüsseln, Dessertteller, Kabarets, Tafel- und diverse andere Gefäße 2c. 2c. gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, Königl. Auktionskommissarius.

Güter-Kaufsuch.

Vermöge unserer in allen Provinzen des preuss. Staates und im Auslande angeknüpften Affoziationen sind uns vielfache Aufträge zum Ankauf von Gütern zugegangen und haben wir Verwendung für Güter im Werthe von 30,000 bis 800,000 Thalern. Die Herren Besitzer solcher Güter, welche zum Verkauf geneigt sind, wollen uns bald mit recht vollständiger Information versehen und einer discreten und umfichtigen Handhabung des Vermittlungsgeschäftes sich versichert halten. Berlin, Endeplatz Nr. 4.

L. F. Baars & Comp.

Ich habe mich in Pleschen niedergelassen und wohne in Sternberg's Hotel.

Dr. Lisner.

pr. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

An Magenkrämpfe und Verdauungsschwäche 2c.

Leidende erfahren Näheres über die Dr. Doeck'sche Kurmethode durch eine so eben erschienene Broschüre, welche gratis ausgegeben wird in der Expedition dieses Blattes.

Die Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft,
Grundkapital: Drei Millionen Thaler,

in 6000 Stück Aktien, wovon bis jetzt 3001 Stück emittirt sind, versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden zu festen Prämien. Nachschußzahlungen finden nicht statt. Die Entschädigungsbeträge werden spätestens binnen Monatsfrist nach Feststellung derselben voll ausgezahlt; für die prompte Erfüllung dieser Verpflichtung bürgt der bedeutende Geschäftsumfang und das Grundkapital der Gesellschaft.

Seit ihrem siebenjährigen Bestehen hat die Gesellschaft 238,496 Versicherungen abgeschlossen und 2,195,456 Thlr. Entschädigung gezahlt.

Die unterzeichneten Agenten nehmen Versicherungsanträge gern entgegen, und werden jede weitere Auskunft bereitwilligst ertheilen.

Schroda, den 27. April 1861.

C. Steinbach in Schroda, J. Henke in Pudewitz,
Agenten der Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft,
zugleich Agenten der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Dachpappe

aus der vorzüglichen Fabrik von W. Wolfheim in Stettin hält großes Lager und übernimmt Eindeckungen jeder Art

Julius Scheding,

Posen, Ballischei an der Brücke.

Frisch gebrannten Rindersdorfer Kalk, so wie sämtliche Baumaterialien empfiehlt

R. Kleemann,

Schiffstraße Nr. 13.

Runkel, lange rotthe, 100 Pfd. 15 Thlr.
dito Klumpers, 100 Pfd. 18 Thlr.
dito Pohl's Kiesel, 100 Pfd. 20 Thlr.
Möhren, weiße grünpf. 100 Pfd. 7 1/2 Sgr.
Raygras, echt engl.

A. Niessing in Posen, Eissa.

S. R. Kantorowicz,

Wilhelmsplatz 16,

empfehlte sein fortirtes Lager in weißen und decorirten Porzellan- und Glaswaaren, Messer und Gabel, Gordinenbrunze, Damen- und Reise-taschen, feine Regen-schirme, En tout cas, so wie eine Auswahl in Kinder-spielwaaren und Gesellschaftsspielen zu billigen Preisen.

NB. Echte Porzellanteiler von 1 Thlr. das Dugend an.

Wilhelmsplatz 16.

Neues Etablissement.

Moser & Senftner,

Stereoscopen-Fabrikanten,

Berlin, U. d. Linden 44 (Arnim's Hotel),

Stereoscopen

Stereoscophbilder

auf Papier, Glas, Silberplatten,

die grösste Auswahl, die besten Qualitäten,

die billigsten festen Preise.

Unserem Engros-geschäft widmen wir besondere Aufmerksamkeit und gewähren Wiederverkäufern und Exporteuren entsprechenden Rabatt.

Chinesisches Haarfärbemittel,

um damit Kopf-, Augenbrauen- und Barthaare sogleich und für die Dauer echt braun oder schwarz färben zu können. Es ist eine wahre Freude, die prächtigen braunen oder schwarzen Haare zu sehen, welche mit diesem Mittel gefärbt sind. Preis à Flacon 25 Sgr. Im Nicht-wirkungsfalle wird der Betrag retour gezahlt.

Aleinige Niederlage für Posen bei

Z. Zudek & Co., Markt 64.

Neu entdecktes Mittel

zur Wiedererzeugung des Haarwuchses,

Aphalaktron.

In der Natur ist kein Ding unmöglich, für alle menschlichen Leiden giebt es, Dank dem Fortschreiten der Wissenschaft, Heilmittel. Von diesem Grundsatz ausgehend, gelang mir nach jahrelangem Forschen die Zusammensetzung einer Essenz, welche alle die zur Haarbildung nöthigen Elemente (Horn- und Eisenstoffe) zweckmässig in sich vereinigt und deren Gebrauch nach einigen Tagen eine Fülle junger und kräftiger Haare hervorruft und etwaiges Ausfallen sofort verhindert. Preis pro Flacon 1 Thlr. 15 Sgr.

Hauptniederlage für Posen und Umgegend in der Weiss- und Kurzwaaren-Handlung bei

Dr. Béringuer's

KRÄUTER-WURZELÖL

in Originalflaschen zu 7 1/2 Sgr.

Den allerbesten derartigen Erzeugnissen ebenbürtig zur Seite stehend, kann Dr. L. Béringuer's Kräuterwurzel-Haaröl als das Neueste der Kosmetik wiederholt angelegentlichst empfohlen werden und empfangen ich fortgesetzt frische Zusendungen.

Herrmann Moegelin, Breslauerstr. 9.

Orientalischer Enthaarungs-Extrakt.

Ein sicheres und unschädliches Mittel zur Entfernung zu tief gewachsener Scheitel- und Nackenhaare. Für den nach 10-15 Minuten eingetretenen Erfolg garantirt die Fabrik und zahlt im Nichtwirkungsfalle den Betrag retour. Preis à Flacon 25 Sgr.

Aleinige Niederlage für Posen bei

Z. Zudek & Co., Markt 64.

Großes wohl-schmeckendes Brot von Auswärts empfiehlt

O. A. Dullin, Bergstr. 1.

Frische Büttlinge, Spizale und geräucherte Goldfische sind zu haben in Budwigs Hotel.

J. Neukirch.

